

// Interparlamentarische Konferenz zu migrationspolitischen Herausforderungen//

Montag, 16. Mai 2022##

- Vorsitz von Herrn Gérard Larcher, Senatspräsident der Französischen Republik -

Die Sitzung beginnt um 9:05 Uhr.

Herr Gérard Larcher, Senatspräsident der Französischen Republik betont, dass die migrationspolitische Problematik zu den ständigen Anliegen der europäischen Länder gehöre, und dass Europa seit den Migrationskrisen von 2015 Fortschritte gemacht habe: Wenn der politische Wille vorhanden sei, könnten nationale Maßnahmen in Verbindung mit den europäischen Institutionen, insbesondere der Agentur Frontex, die Migrationsströme unter Achtung der europäischen Werte wirksam unter Kontrolle bringen.

Während die Diskussionen über das EU-Migrations- und Asylpaket fortgesetzt werden, biete diese Konferenz die Gelegenheit, die am geeignetsten Mittel zur Verbesserung der europäischen Antwort auf Migrationsfragen zu ermitteln.

Herr Gérard Larcher lobt die beispielhafte Solidarität Polens, der Slowakei, Rumäniens und Ungarns, aber auch der weiter entfernten Staaten und aller lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Europäischen Union, die die Aufnahme von über 5 Millionen Ukrainern möglich gemacht habe.

Während einige skrupellose Staaten nicht zögerten, die Vertreibung von Menschen in Richtung europäischer Zielorte zu fördern, sei er der Ansicht, dass die Aufnahme dieser Menschen nicht einem humanitären Imperativ entspreche, sondern im Gegenteil Regime fördere, die unsere Grundsätze nicht respektierten.

Er sieht die Stärkung von Frontex seit der Krise von 2015 als die erfolgreichste Leistung der Europäischen Union bei der Bewältigung der Migrationsproblematik in Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden. Er würdigt den Exekutivdirektor der Agentur, Herrn Fabrice Leggeri, dessen Amtszeit im Juli ende, und ruft dazu auf, Frontex nicht dadurch zu schwächen, indem sie zu einer Instanz gemacht werde, die die Rechtmäßigkeit der Festnahme von Migranten durch die Mitgliedstaaten kontrolliere.

Er erinnert daran, dass Asyl zwar ein Recht und eine Pflicht darstelle, es jedoch kein absolutes Recht auf Migration und keine Verpflichtung zur Aufnahme einer Person gebe, die sich für die Migration entschieden habe. Ein Kapitulieren vor der illegalen Einwanderung würde seiner Meinung nach bedeuten, das Prinzip der Grenzen selbst zu verneinen. Die Folge von Schengen seien starke und verstärkte Außengrenzen, bis hin zur Errichtung physischer Barrieren, wie es einige Mitgliedstaaten beschlossen haben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) habe übrigens in einem Urteil vom Februar 2020 das Recht Spaniens anerkannt, Migranten, die illegal die Zäune der Enklave Melilla überwunden hätten, zurückzuschicken.

Anstatt die Mitgliedstaaten gegeneinander auszuspielen, ist Herr Gérard Larcher der Ansicht, dass Solidarität mit einem introspektiven Blick auf die Art und Weise beginnen sollte, wie ein jeder Asylanträge oder Aufenthaltsgenehmigungen bearbeite, Streitfälle entscheide, seine Justiz oder seine Verwaltungsdienste betreibe. Er schlägt vor, dass es ausdrücklich den nationalen Parlamenten vorbehalten sei, das Regierungshandeln in diesem Bereich zu kontrollieren oder Vorschläge zu unterbreiten, wie es der Gesetzausschuss des Senats der Französischen Republik kürzlich in einem Bericht mit dem Titel *Services de l'État et immigration : retrouver sens et efficacité* (Staatliche Dienste und Einwanderung:

Bedeutung und Wirksamkeit wiederfinden) getan habe, der eine alarmierende Bestandsaufnahme des Umgangs mit der Einwanderung in Frankreich enthalte.

Die Erfahrung zeige, dass Energieverschwendung, zu komplexe Systeme, Fehlfunktionen und sogar Nachlässigkeit dazu beitragen, unwürdige Situationen für Migranten zu schaffen, die alle Mitgliedstaaten betreffen, insbesondere wenn sich ein Staat als unfähig erweise, Verpflichtungen zur Rückführung an die Grenze zu erfüllen. Herr Gérard Larcher ist der Ansicht, dass jeder Verfahrensmissbrauch das Gebäude einer Migrationspolitik auf Ebene der Europäischen Union schwäche und eine Magnetwirkung für neue Ströme darstelle, die unseren Regeln widersprechen, und eine Einwanderung à la carte fördere. Er ist der Ansicht, dass ein System der gegenseitigen Anerkennung von ablehnenden Entscheidungen eines Mitgliedstaates im Asylbereich eingeführt werden sollte, um besser auf die Frage der „Dublinierten“ (Personen, auf die die sogenannte Dublin-Regelung Anwendung findet) eingehen zu können.

Es scheint ihm auch notwendig, auf europäischer Ebene systematischer auf den „Visa- und Rückübernahme-Hebel“ zurückzugreifen: Wenn die unzureichende Kooperation eines Drittlandes bei der Rückführung festgestellt werde und daraus die für die Visaerteilung relevanten Schlussfolgerungen gezogen werden, könne der viel zu niedrigen Vollzugsquote bei Abschiebungen, die eine ständige Schmach für die Autorität der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union darstelle, ein Ende bereitet werden. (*Applaus.*)

Herr François-Noël Buffet, Vorsitzender des Gesetzausschusses des Senats der Französischen Republik, erinnert daran, dass das Thema der Migrationsherausforderungen lange vor der russischen Invasion in der Ukraine gewählt worden sei, und begrüßt die Hilfe der Europäer für die Ukraine und die Millionen von Ukrainern, die vor den Kämpfen geflohen sind.

Diese tragische Zeit dürfe jedoch nicht die strukturellen Herausforderungen vergessen lassen, mit denen die Europäische Union konfrontiert sei, insbesondere die der Migration, in Bezug auf die er meint, dass die Krise von 2015 gezeigt habe, dass das europäische Recht und die europäische Politik den Herausforderungen nicht gerecht würden. Insbesondere die Koordinierung beim Schutz der Außengrenzen und die Solidaritätsmechanismen im Asylbereich erscheinen unzureichend.

Herr François-Noël Buffet betont, dass die Covid-Pandemie zwar den Migrationsdruck an den Grenzen der Europäischen Union vorübergehend verringert, nicht aber die strukturellen Schwierigkeiten beseitigt habe, auf die die Europäische Kommission im September 2020 mit dem Entwurf eines EU-Migrations- und Asylpakets reagiert habe. Zwar würden einige dieser Vorschläge, wie das vorgeschlagene Filterverfahren an den Grenzen der Europäischen Union, berechtigterweise Fragen aufwerfen, aber der *Status quo* könne keine Option sein.

Der Redner ist der Ansicht, dass die Dublin-III-Verordnung nicht funktioniere: Die Ersteinreisländer seien überfordert, die von einer Überstellung betroffenen Ausländer würden alle Möglichkeiten nutzen, um sich der Überstellung zu entziehen, und wenn die Überstellung tatsächlich vollzogen werde, sei es nicht ungewöhnlich, dass sie nach wenigen Tagen wieder einreisen. Die Verordnung müsse überarbeitet werden, notfalls durch Abschaffung des Kriteriums des Landes der ersten Einreise, das weder fair noch effizient sei.

Herr François-Noël Buffet ist ebenfalls der Ansicht, dass die Konvergenz der nationalen Asylsysteme verstärkt werden sollte, da immer noch zu viele Menschen in mehreren Mitgliedstaaten aufeinanderfolgende Anträge stellen. Während die neue Europäische Asylagentur (EUAA) die Situation verbessern sollte, fragt er sich, ob es langfristig nicht sinnvoll sein könnte, ablehnende Entscheidungen gegenseitig anzuerkennen.

Die Vertreter der nationalen Parlamente müssen ihre Stimme zu Gehör bringen, um die künftige europäische Gesetzgebung zu bereichern, wobei sie die Achtung der Werte, die uns vereinen, im Auge behalten müssen, da die Rückkehr des Krieges nach Europa zeige, wie anfällig die Demokratie und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit noch seien.

Herr François-Noël Buffet erinnert daran, dass die Achtung der Menschenrechte und der Schutz von Flüchtlingen nicht verhandelbar seien, und betont, dass sie auch nicht unvereinbar mit der Umsetzung einer gemeinsamen Politik zur Steuerung der Migration seien, die gleichzeitig wirksam, gerecht und operativ sei. Dies müsse der Kompass für Europa sein.
(Applaus.)

Frau Yaël Braun-Pivet, Vorsitzende des Gesetzausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik, hält die Migrationsfrage, die die Begegnung zwischen Europa und dem Rest der Welt in Frage stelle, für unumgänglich in der öffentlichen Debatte: Die Ablehnung der Einwanderung seitens eines wachsenden Teils der europäischen Völker sei ein Alarmsignal, das nicht ignoriert werden könne.

Während einige politische Bewegungen in Frankreich und vielen anderen europäischen Ländern dieses Thema gerne überbieten, halte sie es für unerlässlich, daran zu erinnern, dass die Einwanderung es ermögliche, durch die Begegnung und den Dialog mit anderen Menschen sich auf individueller als auch auf kollektiver Ebene zu bereichern.

Die Migrationspolitik setze voraus, dass ein Gleichgewicht zwischen Verantwortung, Solidarität und Menschlichkeit gefunden werde. Seit den 1980er Jahren werde die Einwanderung je nach politischer Gesinnung als unwichtiges Epiphänomen oder - im Gegensatz dazu - als absolutes Übel, als existenzielle Bedrohung für unsere Länder

betrachtet. Daher erscheine es notwendig, in der politischen und medialen Debatte wieder mehr Vernunft walten zu lassen.

Frau Yaël Braun-Pivet erinnert daran, dass das illegale Überqueren der Außengrenzen zwar bekämpft werden müsse, aber nur 0,03 % der Bevölkerung der Europäischen Union ausmache, weit entfernt von der manchmal beschworenen Überflutung. Die massive und besorgniserregende Ablehnung der Einwanderung erfordere mehr Aufklärung, aber auch mehr Effizienz bei der Leitung der Migrationsströme, um die Migranten, die sich niederlassen sollen, besser zu integrieren und zu vermeiden, dass diejenigen, die nicht aufgenommen werden können, in Schwierigkeiten geraten.

Die Rednerin ist der Ansicht, dass seit der Migrationskrise von 2015 wirksame Arbeit in dieser Richtung geleistet worden sei: Insbesondere sei das Mandat der Agentur Frontex erweitert und gestärkt worden, um zur Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache zu werden, die nunmehr einer der Eckpfeiler des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts der Europäischen Union sei. Die zwischen 2015 und 2022 im Mittelmeerraum eingesetzten Operationen haben nahezu 600.000 Menschenleben gerettet. Um weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern gegen Menschenhandelsnetze vorzugehen, würden rund 22,7 Milliarden Euro unter anderem die Schaffung von 10.000 Stellen für Grenzschutzbeamte bis 2027 finanzieren.

Sie ist davon überzeugt, dass die Zukunft der Europäischen Union zum Teil von ihrer Fähigkeit abhängt, die Migrationsherausforderung zu bewältigen, und betont, dass die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union und die Kontrolle der Außengrenzen zwei Seiten derselben Medaille darstellen, wie die jüngsten Ereignisse und die Migrationskrise von 2015 auf brutale Weise in Erinnerung gerufen hätten. Auch wenn die Interessen der

Mitgliedstaaten unterschiedlich sein mögen, müsse die Herausforderung gemeinsam bewältigt werden.

Frau Yaël Braun-Pivet erinnert daran, dass Präsident Emmanuel Macron die Kontrolle der Grenzen und die Reform des Schengen-Raums zu einer Priorität der französischen EU-Ratspräsidentschaft gemacht habe, für die er einen schrittweisen Ansatz mit der Schaffung eines „Schengen-Rats“ zur Stärkung der Kohärenz der auf nationaler Ebene getroffenen Entscheidungen und der Einrichtung der EUAA vorgeschlagen habe.

Sie ist der Ansicht, dass die Kontrolle der Migrationsströme auch ein entschlossenes Vorgehen Europas in Afrika und auf dem Balkan erfordere, und begrüßt das Gipfeltreffen zwischen den Ländern der Europäischen Union und der Afrikanischen Union am vergangenen 17. Februar.

Abschließend stellt sie fest, dass die europäische Reaktion auf die ukrainische Tragödie zwar den seit 2015 zurückgelegten Weg deutlich gemacht habe es aber trotzdem wichtig sei, die Anstrengungen fortzusetzen, um die Herausforderungen im Asylbereich zu bewältigen, den Schutz der Außengrenzen zu verstärken und eine bilaterale Beziehung zu unseren britischen Nachbarn neu zu begründen. (*Applaus.*)

Frau Marlène Schiappa, beigeordnete Ministerin beim Innenminister der Französischen Republik, zuständig für Bürgerrechte, erinnert daran, dass der Dialog zwischen den nationalen Parlamenten zum europäischen demokratischen Prozess gehöre, und begrüßt die Wahl des Themas dieser Konferenz. Der Konflikt in der Ukraine habe über 6 Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Es sei die Pflicht der Europäischen Union gewesen, sie aufzunehmen und ihnen Hilfe zu leisten: Sie habe sich dem Gebot der Solidarität wie auch der Verteidigung der Demokratie und ihrer Werte gewachsen gezeigt.

Nach einer am 27. Februar 2022 abgehaltenen außerordentlichen Ratstagung über die Aufnahme von Vertriebenen sei der Mechanismus für vorübergehenden Schutz bereits am 4. März aktiviert worden, wodurch Millionen von Menschen eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis in der Europäischen Union und Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem und zur Bildung erhielten. Die Entscheidung erscheine in zweifacher Hinsicht historisch, sowohl aufgrund ihrer Schnelligkeit als auch aufgrund der Neuartigkeit ihrer Anwendung. Frau Marlène Schiappa lobt das Engagement der Europäischen Union und die Großzügigkeit ihrer Bürger. Sie betont, dass Frankreich, das bereits über 80.000 Flüchtlinge aufgenommen habe, schnell einen großzügigen vorübergehenden Schutz gewährt habe.

Sie ist jedoch der Ansicht, dass mehrere Themen schnell und koordiniert angegangen werden müssen: die vollständige Information der Menschen, die vor dem Konflikt fliehen, sobald sie in die Europäische Union einreisen, ihre Weiterleitung in die Regionen Europas, in denen sie sich niederlassen können, ohne eine Überlastung der Aufnahmeeinrichtungen zu riskieren, und ihre Weiterleitung an ihren Bestimmungsort. Während Europa angesichts einer seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie da gewesenen Situation innovativ und solidarisch reagiert habe, machen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf sexuelle Gewalt gegen Flüchtlinge und die Gefahr des Menschenhandels aufmerksam.

Frau Marlène Schiappa erklärt anschließend, dass Frankreich auf Anregung des Präsidenten der Republik die Reform des Schengen-Raums fortsetze. So habe im März 2022 der erste „Schengen-Rat“ stattgefunden, der einen neuen Rahmen für Diskussionen zwischen den zuständigen Ministern biete, um die Leitung des Schengen-Raums und die Krisenantizipation zu verbessern. Die Reform des Schengen-Evaluierungsmechanismus und

die derzeitige Überarbeitung des Grenzkodex seien in voller Übereinstimmung mit der Arbeit an dem von Frankreich unterstützten Entwurf des EU-Migrations- und Asylpakets eingeleitet worden. Dazu gehören wirksamere Bewertungsmechanismen, die Erneuerung des Rechtsrahmens für die Kontrollen an den Binnengrenzen und ein effizienterer Kampf gegen die Instrumentalisierung von Migrationsströmen.

Die Rednerin berichtet, dass Frankreich, das die europäische Migrationspolitik als Lehre aus der Krise von 2015-2016 grundlegend reformieren möchte, sich für die Einführung robuster Grenzverfahren in Verbindung mit ausreichender Solidarität, d.h. Umsiedlungen, eingesetzt habe. Gleichzeitig arbeite Frankreich daran, seine Zusammenarbeit mit den Drittländern, d.h. Herkunfts- und Transitländern der irregulären Migration, zu verstärken, um die Rückführungsquote zu erhöhen.

Frau Marlène Schiappa sagt, dass Frankreich im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft weiterhin mobilisiert sei, um konkrete Fortschritte beim Entwurf des EU-Migrations- und Asylpakets zu machen: Es habe insbesondere die Methode des sogenannten „Stufenpakts“ vorgeschlagen, die von den Innenministern einstimmig gebilligt wurde. Sie hofft, dass bis Ende Juni dieses Jahres politische Vereinbarungen unterzeichnet werden können.

Abschließend erinnert sie daran, dass es bei Migrationsthemen wie auch bei anderen Themen nur europäische Lösungen geben könne, und dass man sich bewusst sein müsse, dass es um das Leben von Männern und Frauen und nicht um Zahlen gehe. (*Applaus.*)

Herr Mathias Cormann, Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), ist erschüttert über die Gräueltaten, die dem ukrainischen Volk durch den von Russland geführten illegalen Krieg

zugefügt worden seien: Die zerstörten Städte und die Millionen von Menschen, die aus den Kriegsgebieten flüchteten, hätten eine massive humanitäre Krise ausgelöst. Er begrüßt die Welle der Großzügigkeit für die 6 Millionen ukrainischen Flüchtlinge - von denen 5,2 Millionen von der Europäischen Union aufgenommen wurden, was den größten Zustrom seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs darstelle - und die 8 Millionen Binnenvertriebenen in der Ukraine.

Auf dem von der OECD am 5. Mai 2022 in Warschau veranstalteten Sondertreffen zur Beratung von Lösungen für die Migrationskrise sei die beispiellose Unterstützung durch die Grenzländer gewürdigt worden. Auf der anschließenden internationalen Konferenz seien weitere 6,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe bereitgestellt worden, sodass sich diese auf 17 Milliarden Euro beliefe, was Herr Mathias Cormann begrüßte. Er begrüßt auch die von Frankreich vorangetriebene Aktivierung der europäischen Richtlinie zum vorübergehenden Schutz, eine wahre Handreichung für Flüchtlinge, um ihnen für einen Zeitraum von drei Jahren Zugang zu Beschäftigung, Bildung und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.

Er weist darauf hin, dass aus der Migrationskrise von 2015 zwar viele Lehren gezogen worden seien, die Besonderheiten der Krise in der Ukraine jedoch angemessene Antworten erforderten. So seien über 2 Millionen ukrainische Flüchtlinge aus den Nachbarländern in andere EU- oder OECD-Staaten weitergezogen - 600.000 nach Deutschland, über 300.000 in die Tschechische Republik, 100.000 nach Italien und Spanien unter anderem -, was ein hohes Maß an Zusammenarbeit und Koordination zwischen diesen Ländern erfordere.

Er erinnert daran, dass die meisten Flüchtlinge Frauen und Kinder seien - von denen je nach Aufnahmeland zwischen der Hälfte und einem Drittel unter 18 Jahre alt seien -,

deren besondere Bedürfnisse unbedingt berücksichtigt werden müssten. Die Sicherheit der Minderjährigen, von denen einige ohne gesetzlichen Vormund ankommen, müsse gewährleistet werden. Die Bildungssysteme der Aufnahmeländer müssen sich anpassen, um den Bedürfnissen der ukrainischen Flüchtlingsschüler gerecht zu werden und die Verbindung zu ihrem Heimatland aufrechtzuerhalten. So hätten einige Staaten ukrainische Lehrkräfte eingestellt oder Fernunterrichtslösungen eingeführt.

Herr Mathias Cormann betont, dass es auch wichtig sei, den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt durch Verfahren zur Bewertung und Anerkennung ihrer Fähigkeiten zu erleichtern.

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Krise verschärfen und andauern könnte, ist er der Ansicht, dass eine wirksame öffentliche Integrationspolitik erforderlich sei, insbesondere im Bereich der Wohnraumbereitstellung, und dass gleichzeitig sichergestellt werden müsse, dass die Rückkehr in die Ukraine nicht verhindert werde, wenn die Lage dies zulasse.

Er begrüßt das Engagement Frankreichs für diese notwendige Solidarität. Er stellt fest, dass es über einen soliden Rahmen und eine gute territoriale Koordination für die Aufnahme von Flüchtlingen verfüge, und dass die Maßnahmen zum Erlernen der französischen Sprache insbesondere dank der Beteiligung von NGOs und Sozialpartnern verbessert worden seien.

Während der Krieg in der Ukraine die Werte der OECD-Länder direkt angreife, ist er der Ansicht, dass die Fähigkeit der OECD-Mitglieder, die ukrainischen Flüchtlinge würdig aufzunehmen und zu integrieren, eine wesentliche Dimension der erneuten

Bekräftigung dieser Werte darstelle. Schließlich weist er darauf hin, dass die OECD der Europäischen Union zur Verfügung stehe, um sie in diesen Fragen zu unterstützen. (*Applaus.*)

Erste Sitzung - Sieben Jahre nach der Migrationskrise von 2015: Welche Lehren gibt es vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine?

- Vorsitz von Herrn François-Noël Buffet, Vorsitzender des Gesetzausschusses für des Senats der Französischen Republik -

Herr François-Noël Buffet, Vorsitzender des Gesetzausschusses des Senats der Französischen Republik, erklärt die erste Sitzung für eröffnet.

Frau Yaël Braun-Pivet, Vorsitzende des Gesetzausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik, betont die Notwendigkeit, die aktuelle Situation im Zusammenhang mit der durch den Syrienkonflikt verursachten Migrationskrise zu sehen, während der allein im April 2015 1.200 Menschen vor der Küste Griechenlands ertrunken seien. Im Jahr 2015 seien 1 Million Flüchtlinge an die Grenzen Griechenlands, Italiens und Spaniens gekommen, und im Jahr 2016 hätten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1,2 Millionen Asylanträge registriert. Zwischen 2017 und 2019 habe diese Anzahl zwischen 470.000 und 744.000 betragen, um im Jahr 2020 auf 100.000 zu sinken.

Unter Hinweis darauf, dass die Europäische Union sich damals als unfähig erwiesen habe, wirksam, koordiniert und human auf die Situation zu reagieren, meint die Rednerin, dass die „Dublin-III“-Verordnung, die die Ersteinreiseländer übermäßig belaste und weder den Werdegang noch die Absichten des Asylsuchenden berücksichtige, ihre Unzulänglichkeiten gezeigt habe. Tatsächlich aber sei das System der Umsiedlung von Migranten innerhalb der Mitgliedstaaten, über das die Mitgliedstaaten im September 2015 auf

Vorschlag der Europäischen Kommission abgestimmt hätten, ein Jahr später wieder aufgegeben worden aufgrund der Weigerung einiger Länder, es anzuwenden. Ein im März 2016 geschlossenes Abkommen verpflichtete die Türkei, im Gegenzug für eine Hilfe der Europäischen Union in Höhe von 6 Milliarden Euro eine genaue Überwachung ihrer Küsten durchzuführen.

Frau Yaël Braun-Pivet berichtet, dass die Europäische Union seither versuche, auf die humanitäre Notlage zu reagieren und die Grundlagen für ein neues europäisches Asylsystem zu schaffen, dass aber die Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten schnell ins Stocken geraten seien. Vor diesem Hintergrund habe die Europäische Kommission am 23. September 2020 einen Entwurf für ein Migrations- und Asylpaket vorgelegt, das fünf Gesetzestexte umfasse, darunter einen Vorschlag für eine Verordnung, der drei Ziele verfolge: Gewährleistung der gemeinsamen Verantwortung durch einen neuen Solidaritätsmechanismus, Bestimmung eines einzigen Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist, Bekämpfung von Missbrauch und Verhinderung von Sekundärbewegungen von Antragstellern innerhalb der Europäischen Union.

Frau Yaël Braun-Pivet räumt ein, dass dieser Text zwar die grundsätzliche Zustimmung der Zielländer, darunter Frankreich, finde, bei den Ersteinreisländern jedoch auf Vorbehalte stoße, und hält es dennoch für notwendig, den Schengen-Raum und die Asylpolitik der Europäischen Union zu reformieren, wie es der französische Staatspräsident am 9. Dezember 2021 bei der Vorstellung der Ziele der französischen Ratspräsidentschaft gewünscht habe.

Sie befindet, dass die von allen europäischen Ländern verurteilte russische Invasion in der Ukraine am 24. Februar dieses Jahres eine klare Verletzung der Grundsätze

der Vereinten Nationen darstelle und ein großes Risiko für die Sicherheit der Europäer und der Welt darstelle. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament habe sich Frankreich im Rahmen seiner turnusmäßigen Ratspräsidentschaft für eine starke Antwort eingesetzt: Die Europäische Union habe beispiellose Sanktionen gegen Russland sowie Sofortmaßnahmen zugunsten der Ukraine verabschiedet, die eine beispiellose militärische Unterstützung und finanzielle Hilfe beinhalteten.

Die russische Invasion habe zur Vertreibung von über 7 Millionen Menschen innerhalb der ukrainischen Grenzen geführt, während nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) über 5,5 Millionen Ukrainer aus ihrem Land geflohen seien, darunter 90 % Frauen und Kinder. Stand 1. April 2022 sei ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung umgesiedelt oder ins Exil gegangen - die schnellste Vertreibungskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Nur wenige Tage nach der Invasion habe der Rat der Europäischen Union zum ersten Mal den in der Richtlinie vom 20. Juli 2001 vorgesehenen Mechanismus für vorübergehenden Schutz zugunsten von Flüchtlingen aus der Ukraine aktiviert. Frau Yaël Braun-Pivet begrüßt diese Schnelligkeit und erinnert daran, dass der vorübergehende Schutz die Ausstellung einer vorläufigen Aufenthaltsgenehmigung für sechs Monate, die bis zu drei Jahre verlängert werden könne, für ukrainische Staatsangehörige mit Wohnsitz in der Ukraine, Drittstaatsangehörige oder Staatenlose mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Ukraine und ihre Familienangehörigen ermögliche. So genießen Flüchtlinge auf dem Gebiet der Europäischen Union die gleichen Rechte - Aufenthaltsrecht, Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohnraum usw. -, wobei die Kapazitäten der betroffenen Mitgliedstaaten zur Bearbeitung von Asylanträgen erhalten bleiben.

Sie begrüßt die Mitgliedstaaten, die diesen immensen Flüchtlingsstrom aufgenommen haben, insbesondere Polen, Rumänien, die Slowakei und Ungarn. Sie erinnert daran, dass Frankreich der Ukraine umfangreiche finanzielle Unterstützung gewährt habe; zahlreiche Gebietskörperschaften und Vereine, aber auch Privatpersonen hätten sich darüber hinaus für die Aufnahme der 70.000 ukrainischen Flüchtlinge eingesetzt, die das Land durchquert hätten.

Frau Yaël Braun-Pivet ist der Ansicht, dass die Europäische Union zwar konjunkturelle Antworten auf die Ukraine-Krise gefunden habe, die strukturelle Entwicklung des europäischen Asylmodells jedoch noch nicht abgeschlossen sei. Sie äußert den Wunsch, dass der Austausch während dieser Sitzung dazu beitragen werde, diese Überlegungen voranzutreiben. (*Applaus.*)

Frau Monique Pariat, Generaldirektorin für Migration und Inneres (GD HOME) der Europäischen Kommission, merkt an, dass die Migrationskrise von 2015 sowie der darauffolgende Migrationsdruck zeigen, wie sehr die Migrationspolitik eine ständige Herausforderung für die Europäische Union darstelle: Insgesamt gelangen jedes Jahr 2 bis 3 Millionen Menschen legal nach Europa, während 140.000 bis 200.000 Menschen irregulär einreisen. Sie erinnert daran, dass zwischen Wirtschaftsmigranten und Flüchtlingen unterschieden werden müsse.

Sie ist der Ansicht, dass die Zunahme der Krisen seit 2015 die Notwendigkeit einer wirklichen europäischen Migrationspolitik verdeutliche, um die Migrationsströme auf geordnete und nachhaltige Weise zwischen den Mitgliedstaaten und mit Drittländern zu steuern. Sie betont, dass seit 2015 große Fortschritte bei der Verbesserung des Echtzeitverständnisses der Migrationen und der Entwicklung der Antizipationsfähigkeiten der Europäischen Union erzielt worden seien, insbesondere durch den 2020 eingerichteten

Mechanismus zur Krisenvorsorge und -bewältigung im Bereich der Migration, das sogenannte „*Blueprint Network*“. So werde täglich ein Bericht über die Entwicklungen in der Ukraine verfasst und es ständen regelmäßig aktualisierte Daten über die Lage in Afghanistan und Weißrussland zur Verfügung. Der Zivilschutz-Mechanismus der Europäischen Union, um dessen Umsetzung die Slowakei, Polen und die Tschechische Republik bereits Ende Februar 2022 gebeten hätten, habe zudem rasch aktiviert werden können.

Frau Monique Pariat berichtet, dass das Budget der Europäischen Union für Migrationspolitik und Grenzschutz für den Zeitraum 2021-2027 16,2 Milliarden Euro betrage - gegenüber 10 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014-2020 -, eine Summe, zu der noch die 2 Milliarden Euro aus dem Fonds für die innere Sicherheit (ISF) hinzukämen. Darüber hinaus seien die Kapazitäten der europäischen Agenturen gestärkt worden. So sei das Budget der Agentur Frontex auf fast 1 Milliarde Euro pro Jahr erhöht worden, um insbesondere ein Kontingent von 10.000 Grenzschutzbeamten zu finanzieren, das schrittweise eingesetzt werde. Außerdem wird in Kürze ein Pool von 500 Experten innerhalb der EUAA permanent als Reserve zur Verfügung stehen. Schließlich sei auch das Engagement der Europäischen Union gegenüber den Herkunfts- und Transitländern der Migranten verbessert worden: Wie die Belarus-Krise gezeigt habe, steige die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, wenn sie auf internationaler Ebene mit einer Stimme spreche.

In Bezug auf die brisante Frage der Verteilung von Migranten auf die verschiedenen Mitgliedstaaten erinnert Frau Monique Pariat daran, dass der von der Europäischen Kommission im September 2020 vorgelegte Entwurf eines Migrations- und Asylpakets ein Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität bei der Aufnahme von Menschen, die auf europäischem Boden ankommen, vorschlage. Das Beispiel der Ukraine zeige, dass dies möglich sei: Mehr als 5 Millionen ukrainische Flüchtlinge seien ohne einen

obligatorischen Solidaritätsmechanismus aufgenommen worden. Die Rednerin merkt an, dass die Solidarität jedoch weniger spontan sei, wenn kein Bedarf an internationalem Schutz bestehe.

Sie ist der Ansicht, dass die Verwaltung von aus Seenot geretteten Migranten nicht allein den Mitgliedstaaten obliegen könne, in denen sie angelandet werden. Der Entwurf des EU-Migrations- und Asylpakets enthalte ein flexibles Solidaritätssystem, das eine Reihe von Beiträgen einschließe, die von der Umsiedlung über Finanzmechanismen bis hin zur Übernahme bestimmter Rückführungen reichen können. Außerdem werde eine ergänzende Verordnung zur Berücksichtigung von Krisensituationen vorgeschlagen, die letztendlich die Richtlinie zum vorübergehenden Schutz ersetzen solle.

Frau Monique Pariat ist der Meinung, dass die Mitgliedstaaten, um diese Form der europäischen Solidarität zu verwirklichen, die Mittel zu ihrer Umsetzung bereitstellen und sicherstellen müssen, dass sie über die notwendigen Kapazitäten zur Aufnahme und zur Inhaftnahme verfügen, um Asylanträge und Rückführungsverfahren zu bearbeiten. Im Fall der Ukraine sei eine Plattform für sofortige Solidarität eingerichtet worden. Langfristig werde vorgeschlagen, dass die Kommission eine europäische Strategie in diesem Bereich annehme, die sich auf nationale Strategien stütze.

Frau Monique Pariat räumt ein, dass die Verhandlungen über den Entwurf des Europäischen Pakts zu Migration und Asyl schwierig seien. Die Bemühungen müssen fortgesetzt werden, um einen Kompromiss über einen Solidaritätsmechanismus hervorzubringen, indem man in anderen Bereichen voranschreite und seine Anwendung auf Situationen beschränke, in denen er notwendig ist, um eine Magnetwirkung für irreguläre Migranten zu vermeiden, der zu einer Aushöhlung des Asylrechts führen würde. Das von der Europäischen Kommission im September 2020 vorgeschlagene Paket enthalte in dieser

Hinsicht einen ambitionierten Vorschlag für ein Asylmanagement an den Grenzen für alle Personen, bei denen eine Annahme des Asylantrags unwahrscheinlich wäre. Darin seien auch verstärkte strategische Partnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern vorgesehen.

Die Rednerin erklärt, dass die Europäische Kommission den Vorschlag der französischen Ratspräsidentschaft zu einem schrittweisen Ansatz bei den Verhandlungen über den Entwurf des EU-Migrations- und Asylpakets unterstütze und hofft, dass bald Fortschritte erzielt werden. Die Mitgliedstaaten müssen auch mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten, um eine Einigung über die zur Diskussion stehenden Gesetzesvorschläge zu erzielen, von denen nur zwei angenommen worden seien.

Frau Monique Pariat sagt, dass es wichtig sei, Fortschritte zu machen, um einen weiteren Misserfolg bei der Einführung einer europäischen Migrations- und Asylpolitik zu vermeiden, und dass sie sich auf die Parlamentarier verlasse, um sich dafür einzusetzen.
(Applaus.)

Herr Marco Minniti, ehemaliger Innenminister der Italienischen Republik und Vorsitzender der Leonardo-Stiftung Med-Or, ist der Ansicht, dass diese Konferenz ein wichtiges Signal für die europäischen Länder darstelle, und fordert weitere Treffen zu diesem Thema, um die beispiellose Herausforderung, der sich die Europäische Union gegenübersehe, zu bewältigen.

Er bezeichnet die vereinte und solidarische Reaktion Europas auf die Flüchtlingskrise infolge des Krieges in der Ukraine als „außergewöhnlich“ und warnt vor der daraus resultierenden Gefahr einer weltweiten Nahrungsmittelkrise, insbesondere in Afrika - die Maghreb-Staaten seien überwiegend, manche zu über 90 %, von Weizen aus der Ukraine und Russland abhängig. In einigen Ländern scheine die Gefahr von Hungersnöten real zu

sein, was zu schweren sozialen Krisen und Hungeraufständen wie 2011 führen könne. Europa könnte dann zwischen der Ukraine-Krise und einer anderen Krise, die im Süden entstehen würde, in die Zange genommen werden.

Er erinnert daran, dass Migration schon immer als politisches Druckmittel eingesetzt worden sei, wie die Ereignisse im Białowieża-Wald gezeigt hätten. Man müsse in der Lage sein, schnell zu handeln, und dabei bedenken, dass die Migration eine strukturelle Gegebenheit auf dem Planeten darstelle. Europa müsse daher die Migrationsströme steuern, indem es Systeme für legale Migration schaffe und gleichzeitig die irreguläre Migration bekämpfe.

Herr Marco Minniti ist der Ansicht, dass das Gipfeltreffen zwischen der Afrikanischen Union und der Europäischen Union, das letzten Februar in Paris stattgefunden habe, in dieser Hinsicht ein wichtiger Schritt gewesen sei. Tatsächlich solle Europa eine Politik für Afrika entwickeln, um diese Herausforderung nicht den russischen und chinesischen Autokraten zu überlassen: Es müsse sofort gehandelt werden, ohne auf den Einsatz der 150 Milliarden Euro an europäischen Investitionen zu warten, die für die nächsten Jahre angekündigt worden seien. In den kommenden Wochen solle ein Migrationspakt für Nordafrika ausgearbeitet werden, der wirtschaftliche Hilfe zur Überwindung von Nahrungsmittelknappheit beinhalte, sobald sich die Länder verpflichten, den Menschenhandel zu bekämpfen. Es müssen auch reguläre Migrationskanäle geschaffen werden, die mit Mechanismen zur Bekämpfung irregulärer Kanäle, insbesondere auf dem Seeweg, einhergehen. Wenn sich einige afrikanische Gebiete in den Händen von Menschenhändlern befinden, müssen sie zurückerobert werden.

Herr Marco Minniti ist der Meinung, dass die Dublin-III-Verordnung reformiert werden müsse, was bedeute, dass man sich zunächst mit Problemen außerhalb der

Europäischen Union befassen müsse: Die irregulären Migrationsströme aus Afrika zu bremsen werde nämlich die innereuropäischen Verhandlungen über die Verteilung der Ankömmlinge erleichtern.

Er stellt fest, dass die europäische Bevölkerung zwei Gefühle zum Ausdruck bringe - Solidarität und ein Bedürfnis nach individueller und kollektiver Sicherheit - und meint, dass es zum Tod der Demokratien führen würde, diese beiden Gefühle gegeneinander auszuspielen. Europa müsse sie miteinander in Einklang bringen. (*Applaus.*)

Herr Ondřej Benešik, Vertreter des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik, erinnert daran, dass seit Beginn des Krieges in der Ukraine mehr als 335.000 Menschen vorübergehenden Schutz in der Tschechischen Republik erhalten hätten, was 3 % der Bevölkerung seines Landes entspreche - der höchste Anteil in der Europäischen Union. Er ist der Meinung, dass Europa auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen reagieren müsse, dass das von der Tschechischen Republik eingerichtete System jedoch unter Druck stehe, auch wenn es - nicht zuletzt dank der Beteiligung der Zivilgesellschaft - funktioniere. Das Land bitte daher um internationale Hilfe, um seine Maßnahmen in dreizehn strategischen Bereichen zu verstärken, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Bildung, Pflege und soziale Dienste.

Die tschechische Regierung habe außerdem 12 Millionen Euro für Projekte in der Ukraine und in Moldawien bereitgestellt, um Vertriebenen zu helfen.

Herr Ondřej Benešik weist schließlich darauf hin, dass einige ukrainische Flüchtlinge die ungarische Staatsbürgerschaft besitzen, aber lieber in der Tschechischen Republik bleiben möchten.

Herr Jean-Yves Leconte, Vertreter des Senats der Französischen Republik, lehnt den Ausdruck „Migrationskrise von 2015“ ab: damals hätten die Flüchtlinge es verdient,

dass Europa seinen Verpflichtungen gemäß der Genfer Konvention nachkomme. Seiner Meinung nach handelte es sich eher um eine Aufnahmekrise als um eine Migrationskrise, da die Länder der Europäischen Union damals mangelnde Vorbereitung und Solidarität gezeigt hätten.

Der Redner stellt fest, dass sich die Dinge angesichts der Tragödie, die das ukrainische Volk erlebe, geändert hätten: Die europäische Reaktion sei besser als 2015. Vor allem in Mitteleuropa versuchen die Bürger, den Bedürfnissen der Flüchtlinge so gut wie möglich gerecht zu werden, auch wenn dieser gute Wille manchmal in einer gewissen Anarchie zum Ausdruck komme. Die Rolle der Zivilgesellschaft sei insbesondere im Bereich der Integration von entscheidender Bedeutung.

Er erinnert daran, dass der erstmals aktivierte vorübergehende Schutz neue Rechte biete, wie die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union, den Zugang zum Arbeitsmarkt und zum Erlernen von Sprachen. Er ist der Ansicht, dass das System angemessen funktioniere, bedauert jedoch die Haltung Frankreichs in Bezug auf die Freizügigkeit bestimmter subsidiär Schutzberechtigter und ist der Meinung, dass der Zugang zum Sprachenlernen und zum Arbeitsmarkt erleichtert werden sollte.

Herr Jean-Yves Leconte ist der Ansicht, dass Migrationen erfolgreich seien, wenn sie organisiert seien, und plädiert für eine Ausweitung und Stärkung des Eurodac-Systems. Er setze sich auch für eine Reform der Dublin-Verordnung ein, damit Menschen nicht monatelang in rechtlosen Situationen verharren müssen. Es sei wichtig, die Sekundärimmigration zu bekämpfen, wenn diese illegitim ist, aber in diesem Fall müsse auch auf eine gegenseitige Anerkennung von Asylanträgen innerhalb der europäischen Länder oder gegebenenfalls einiger weniger Länder hingearbeitet werden, z. B. über ein gemeinsames Berufungsgericht. Er fordert, dass die Asylreform die Würde der Menschen respektiere.

Frau Danuta Jasłowiecka, Vertreterin des polnischen Senats, berichtet, dass 3 Millionen Menschen seit Beginn der russischen Invasion der Ukraine über Polen aus dem Land geflohen seien. Im Land leben 2 Millionen Flüchtlinge, was für NGOs und Gebietskörperschaften erhebliche Kosten verursache. Zwei Drittel der Einwohner einiger Städte in Ostpolen seien mittlerweile Ukrainer; zusätzliche Mittel müssten bereitgestellt werden, um ihnen zu helfen.

Die Rednerin betont, dass Polen Stellen für zeitweilige Betreuer geschaffen habe, um die Kontinuität der Bildung von 200.000 Flüchtlingskindern zu gewährleisten. Diese Situation stelle viele Herausforderungen dar, sowohl in Bezug auf die Logistik als auch auf den Zugang zum Arbeitsmarkt. Es seien Schulungen und Sprachkurse eingerichtet worden. Das polnische Sozialversicherungssystem werde jedoch langfristig nicht in der Lage sein, Tausende zusätzliche Menschen aufzunehmen, die zu verletzlich seien, um in die Ukraine zurückzukehren. Daher müsse der rechtliche Rahmen angepasst werden.

Abschließend unterstützt Frau Danuta Jasłowiecka den Hilfsappell ihres Kollegen aus der Tschechischen Republik, Herrn Ondřej Benešik, an die europäischen Institutionen.

Herr Pavel Popescu, Vertreter des rumänischen Abgeordnetenhauses, dankt Frankreich zunächst dafür, in sein Land Truppen gesandt zu haben, um die Ostgrenzen der Europäischen Union zu schützen.

Er hält es für angebracht, seinen Freunden die Wahrheit zu sagen, auch wenn diese unangenehm sein sollte. Die Kontrolle und der Schutz der 650 Kilometer langen Grenze zur Ukraine stellen für sein Land eine große Aufgabe dar.

Laut Herrn Popescu habe Rumänien seine Türen für die Ukrainer, die zukünftigen europäischen Brüder geöffnet. Trotz aller Schwierigkeiten unterstütze es 1 Million

Flüchtlinge. Anders als bei der Krise von 2015 habe sich die europäische Familie nicht hinter technischen Argumenten verschanzt, um sich ihrer Pflicht zu entziehen. Es bleibe festzuhalten, dass viele Flüchtlinge, überwiegend Frauen und Kinder, Hilfe benötigen, was nicht einfach sei.

Unter Hinweis darauf, dass Napoleon das Schwert und den Geist als die beiden einzigen Mächte in der Welt betrachtet hätte, vertrete der Redner die Ansicht, dass das grausame Schwert Russlands vom europäischen Geist besiegt werden würde. Er fordert die Europäer auf, für die Ukraine zusammenzustehen.

Herr Ludovit Goga, Vertreter des Nationalrats der Slowakischen Republik, dankt seinen französischen Kollegen für die Organisation dieses Treffens.

Der Krieg in der Ukraine zeige, dass Krisen überall und jederzeit auftreten können. Er erinnert daran, dass die osteuropäischen Länder 2015 den Zustrom von Migranten abgelehnt hätten, und meint, dass die Situation nun eine andere sei: Die Ukraine sei ein Nachbarland der Europäischen Union und teile ihre Werte; es sei unsere Pflicht, ihr zu helfen. Er weist darauf hin, dass die Europäische Union jedoch nicht in der Lage sei, Millionen von Flüchtlingen aus der ganzen Welt aufzunehmen. Er fordert die europäischen Länder daher auf, die Konsequenzen aus ihrer Unfähigkeit zu ziehen, die Ströme der illegalen Einwanderung unter Kontrolle zu bringen.

Abschließend meint Herr Ludovit Goga, dass die Aufnahme neuer Einwanderer nicht die Antwort auf alle Probleme der Europäischen Union sei.

Frau Laura Mihaela Fulgeanu-Moagher, Vertreterin des rumänischen Senats, bedankt sich ihrerseits bei ihren französischen Kollegen für die Organisation dieser interparlamentarischen Konferenz.

Sie erkennt an, dass die Migrationen eine Herausforderung für Europa darstellen, ist aber der Auffassung, dass sie Europa auch die Gelegenheit bieten, seine Werte der Solidarität und des Humanismus zu bekräftigen. Die Migrationskrise im Jahr 2015 habe diese Themen ganz oben auf die Agenda der Europäischen Union gesetzt und dazu geführt, dass die Europäische Kommission am 13. Mai 2015 Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage verabschiedet habe.

Frau Laura Mihaela Fulgeanu-Moagher erinnert daran, dass Rumänien vor dem Krieg in der Ukraine nur 4.180 Personen zählte, die internationalen Schutz benötigten. Seit zwei Monaten sei das Land mit einer beispiellosen Situation konfrontiert, die seine finanziellen und administrativen Kapazitäten auf eine harte Probe gestellt habe. Rumäniens Anstrengungen seien beträchtlich: Das Land sei zu einer logistischen, humanitären und militärischen Basis geworden, und seit Kriegsbeginn seien nicht weniger als 790.000 ukrainische Staatsangehörige eingereist.

Die Rednerin erinnert daran, dass ihr Land eine 650 Kilometer lange Grenze mit der Ukraine und eine 681 Kilometer lange Grenze mit der Republik Moldau teile. Dort würden systematische Kontrollen durchgeführt. Solidarität sei das Schlüsselwort für die Maßnahmen Rumäniens, um auf den Hilferuf der ukrainischen Bürger zu reagieren.

Herr Daniel Milewski, Vertreter des Sejm aus Polen, erinnert daran, dass sich sein Land während der Migrationskrise 2015 gegen den europäischen Ansatz der Quotenregelung ausgesprochen hatte. Polen hätte sich damals für eine Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen der Europäischen Union ausgesprochen und sich für einen verstärkten Kampf gegen die illegale Einwanderung eingesetzt. Jedoch habe es über eine Million Ukrainer in seinem Land aufgenommen, als deren Land bereits vom Krieg im Osten des Landes verwüstet worden sei. Der Redner fügt hinzu, dass im vergangenen Jahr

Wirtschaftsmigranten an der polnischen Grenze vom belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko auf zynische Weise dazu benutzt worden seien, die Einheit der Europäischen Union zu untergraben.

Er berichtet, dass Polen, solidarisch mit der Ukraine, seit Ende Februar 2022 mehr als 3 Millionen Flüchtlinge aufgenommen habe: Die Polen hätten ihnen ihre Häuser geöffnet, Millionen von Sozialversicherungsnummern seien ausgestellt worden, um ihnen medizinische Versorgung zu gewähren, und 120.000 von ihnen seien in den Arbeitsmarkt integriert worden. Ihre Würde stelle eine Priorität für das Land dar. Herr Daniel Milewski ist der Ansicht, dass die beste Lösung für die Migrationskrise darin bestehe, den Nachbarländern, aus denen die Migranten kommen, Hilfe zukommen zu lassen.

Abschließend betont er, dass die Grenzen der Europäischen Union unter allen Umständen geschützt werden müssen.

Frau Carmen-Ileana Mihălcescu, Vertreterin der rumänischen Abgeordnetenkammer, erinnert einleitend daran, dass Rumänien sich verpflichtet hätte, alle ukrainischen Flüchtlinge aufzunehmen: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten bei der Aufnahme von Flüchtlingen Solidarität zeigen und eine kollektive Antwort verabschieden. Sie betont, dass Rumänien die Organisation der internationalen Geberkonferenz für die Ukraine am 5. Mai 2022 auf Initiative von Polen und Schweden begrüßt habe. In diesem Rahmen habe Rumänien sich zu einer nichtfinanziellen Hilfe in Höhe von 3,2 Millionen Euro verpflichtet.

Ebenso habe Rumänien die Einrichtung eines Treuhandfonds für die Ukraine begrüßt. Die rumänische Regierung habe mehrere Maßnahmen im Bereich der humanitären

Hilfe ergriffen, darunter eine Online-Plattform zur Koordinierung der Maßnahmen, deren Umsetzung die Rednerin für effektiv halte.

Frau Carmen-Ileana Mihălcescu erinnert daran, dass die Republik Moldau die Hilfe der Europäischen Union benötige, damit sie die Herausforderungen der Migration, des Zugangs zu Energie und der Sicherheit bewältigen könne. Sie erklärt, dass Rumänien im Rahmen seiner Möglichkeiten und innerhalb der Grenzen, die die von der Europäischen Union festgelegten Haushaltsanforderungen vorgeben, zur Lösung dieser Krise beitrage.

Abschließend fordert sie ihre Kollegen auf, geeint zu bleiben um die Folgen des Krieges in der Ukraine zu bewältigen.

Herr Vincenzo Garruti, Vertreter des Senats der Italienischen Republik, stellt fest, dass die Pandemie und der Krieg in der Ukraine die Fragilität des europäischen Sozialmodells gezeigt hätten.

Er ruft dazu auf, legale und illegale Migration nicht gegeneinander auszuspielen, sondern dieses Phänomen zu verstehen, denn diejenigen, die vor Krieg oder Armut fliehen, seien sich ähnlich. Er bedauert, dass die Mitgliedstaaten Asylsuchende nicht gleichbehandeln und ihnen nicht die gleichen Chancen auf den Flüchtlingsstatus bieten, was sie dazu veranlasse, weiterzuziehen, und wünscht sich, dass das Dublin-System durch eine bessere Verteilung innerhalb Europas ersetzt werde und die Sicherheit durch gemeinsame Datenbanken erhöht werde. Dies würde einen „Asyltourismus“ verhindern.

Es gelte, sowohl die Grenzen der Europäischen Union besser zu verteidigen als auch den Menschenhandel zu bekämpfen.

Damit Länder wie Frankreich und Italien bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht zurückrudern, fordert der Redner, dass bei Nichterfüllung Sanktionen vorgesehen

werden. Er begrüßt die ausgezeichnete Reaktion der Europäischen Union auf die Ukraine-Krise, die durch den Mechanismus für vorübergehenden Schutz einheitliche Rechte in allen Mitgliedstaaten gewährleiste, und fordert eine neue Gesellschaft, die ein „inklusives Hoheitsgebiet“ garantiere, in dem alle Menschen in Frieden und Wohlstand leben könnten.

Herr Antonio Gómez-Reino, Vertreter des Abgeordnetenhauses Spaniens, bedauert die Reaktion der Europäischen Union auf die Migrationskrise von 2015, die zu konservativ und blind gegenüber der Verantwortung der europäischen Länder für die Konflikte, die die Migration hervorrufen, gewesen sei. Er verurteilt die Externalisierung der Krise, die Tausende von Flüchtlingen dazu verurteilt habe, in der Türkei oder in Lagern zu leben, und sehe in den Tausenden von Toten im Mittelmeer einen Beweis für das Versagen der Europäer, diese Herausforderung zu bewältigen.

Der Ausbruch des in dieser Form noch nie dagewesenen und unerträglichen Krieges in der Ukraine dürfe nicht dazu führen, den Sahel, die Kanarischen Inseln, Lampedusa und die griechischen Inseln zu vergessen, zumal er eine Nahrungsmittelkrise in Nordafrika auslösen könnte. Er wünscht, dass die Europäische Union in der Lage sein werde, angesichts anderer Migrationskrisen, die auch durch die globale Erwärmung verursacht werden könnten, die gleichen Maßnahmen zu ergreifen, die den ukrainischen Flüchtlingen zugutekommen. Wie von den Erstankunftsländern seit langem gefordert – denen sich nun auch die nordeuropäischen Länder anschließen –, fordert er ein integriertes Asylsystem in Europa, um eine gerechte, wirksame und solidarische Antwort zu geben. (*Applaus.*)

Herr Giuseppe Brescia, Vertreter der italienischen Abgeordnetenkammer, ist der Ansicht, dass Migration zwar schon immer existiert habe und sich immer weiter entwickeln werde, dass Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten jedoch unterschiedliche Antworten erforderten, auch wenn die Grenzen zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen

nicht immer klar seien. Diese Antworten können seiner Meinung nach nicht der Bau einer unüberwindbaren Barriere sein, sondern vielmehr das Bemühen um Bedingungen die es den Migranten ermöglichen, in ihren Ländern bleiben zu können. Er wünscht eine Revision der Dublin-Verordnung, die die Erstankunftsländer zwingt, Hunderttausende Menschen, oft gegen ihren Willen, zu behalten – was nicht der beste Weg zu ihrer Integration zu sein scheine.

In Erwartung der Festlegung einer einheitlichen Migrationspolitik wünscht er, dass die Mitgliedstaaten eine gute Aufnahmebereitschaft garantieren. Um irreguläre Migration zu verhindern, fordert er die Schaffung legaler Migrationskanäle und humanitärer Korridore für Asylsuchende sowie die Unterzeichnung von Abkommen mit den Herkunftsländern von Wirtschaftsmigranten, die eine erzwungene Rückkehr und eine unterstützte Rückkehr ermöglichen. Angesichts dieser Herausforderung ruft er zur Einheit auf, wie es auch während der Gesundheitskrise der Fall gewesen sei, da eine Niederlage zu viel Schaden anrichten würde.

Herr Audronius Ažubalis, Vertreter des litauischen Parlaments, erinnert daran, dass sein Land vor einem Jahr einen Massenansturm von Migranten, vor allem aus Nordafrika, erlebt habe, die von der belarussischen Regierung instrumentalisiert worden seien. Er möchte, dass Asylbewerber ihre Anträge außerhalb des Hoheitsgebiets der Union stellen können.

Er berichtet, dass Litauen seit Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine mehr als 150.000 Flüchtlinge aufgenommen habe, darunter 1.000 unbegleitete Minderjährige, womit das Land nach Polen und der Tschechischen Republik an dritter Stelle in Europa stehe. Er stellt fest, dass 81 % der ukrainischen Flüchtlinge Frauen und die 19 % Männer meist minderjährig oder schwer krank seien, während die illegalen Migranten aus

Nordafrika oder dem Nahen Osten zu 72 % arbeitsfähige Männer seien... Er stellt klar, dass die Ukrainer nicht Sozialhilfe, sondern Arbeit verlangen, und dass jeder, der kann, arbeite - sie hätten seit ihrer Ankunft sogar 3 Millionen Euro Steuern an Litauen gezahlt.

Der Redner begrüßt den von Frankreich im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft befürworteten schrittweisen Ansatz und wünsche sich einfache und freiwillige Umsiedlungsmechanismen; er halte den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Reform des Schengen-Raums für einen Schritt in die richtige Richtung. Er halte es für wichtig, die Instrumentalisierung von Migranten, die einige Staaten vornehmen, in Betrachtung zu ziehen. Frau Yaël Braun-Pivet, die in der Migration einen Reichtum sieht, antwortet er, dass sie auch eine Herausforderung für unsere Gesellschaften darstelle.

Herr Lazaros Tsavdaridis, Vertreter des griechischen Parlaments, stellt fest, dass die Ukraine-Krise die Debatte über die Aufnahme von Flüchtlingen durch die Europäische Union neu entfacht habe. Er begrüßt, dass sie zum ersten Mal seit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien einen internationalen Schutz ausgelöst habe, um den Bedarf an Nahrungsmitteln und Unterkünften für ukrainische Flüchtlinge zu decken: Es müsse den Anforderungen entsprechend gehandelt werden, insbesondere in Bezug auf unbegleitete Minderjährige.

Er stellt fest, dass Griechenland seit Beginn der Krise seinen Verpflichtungen nachkomme, indem es 26.000 ukrainische Flüchtlinge aufnehme und sich verpflichte, Moldawien in diesem Bereich zu unterstützen. Er warnt vor der Instrumentalisierung von Migranten durch bestimmte Staaten, wie die Türkei, die den Menschenhandel auf ihrem Boden billige und die Vereinbarungen von 2015 nicht einhalte. Er ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, unter Achtung der Menschenrechte zusammenzuarbeiten.

Frau Nerea Ahedo Ceza, Vertreterin des spanischen Senats, bedauert, dass die Europäer in den letzten sieben Jahren nicht genug gelernt hätten. Sie betrachtet Migration als ein Bestandteil der Menschheit und befürwortet eine Politik, bei der die Menschen Vorrang vor der derzeitigen Sicherheitspolitik haben, die zur Auslagerung der Flüchtlingsverwaltung an Drittländer geführt habe, die die Menschenrechte nicht respektierten.

Da sie aus dem immer gastfreundlichen Baskenland komme, das zwischen Frankreich und Spanien aufgeteilt sei, wünscht sie, dass sich die lokalen Gebietskörperschaften mit dem Thema befassen. Sie erinnert daran, dass die spanische Regierung einen Vorschlag für einen Schlüssel zur Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Bevölkerungszahl und des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemacht habe, auch wenn deren Wille natürlich berücksichtigt werden müsse.

Auch wenn die schreckliche Situation in der Ukraine besondere Anstrengungen verdiene, möchte sie, dass andere Migranten nicht vergessen werden: Das Recht gelte für alle. Sie stellt fest, dass die ukrainische Erfahrung die Europäische Union gestärkt habe, die rassistische Hassreden nicht tolerieren dürfe. Sie erinnert daran, dass es sinnlos sei, wie eine spanische Redensart sagt, „Türen in die Felder zu setzen“. (*Applaus.*)

Frau Petra Stienen, Vertreterin des niederländischen Senats, sagt, dass die Europäische Union von der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates lernen könnte, für die sie einen Bericht über die Einbeziehung von Genderfragen in die Migrationspolitik verfasst habe. Sie erinnert an die Notwendigkeit, die Rechte von Frauen und Kindern zu berücksichtigen, sie vor Menschenhandel zu schützen, die reproduktiven Rechte und das Recht auf Abtreibung in Flüchtlingslagern zu gewährleisten. Sie betont die

Notwendigkeit, in den Lagern für menschenwürdige sanitäre Bedingungen zu sorgen und sich für die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Frauen einzusetzen.

Sie bekennt, dass sie sich von den ukrainischen Frauenbataillonen inspiriert fühle, die daran erinnern, dass Frauen nicht in erster Linie als Opfer oder als Mütter gesehen werden sollten. Sie lädt die Anwesenden ein, sich *Shadow Game* anzusehen, einen Dokumentarfilm über junge Männer, die auf der Suche nach einem besseren Leben auswandern. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die Notwendigkeit, die Vielfalt der Migranten, die Daten erfordere, wie auch die Vielfalt der Aufnahmeländer zu berücksichtigen.

Unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, denen die Niederlande bei der Bekämpfung der Meeresflut begegnen, ruft sie dazu auf, Migranten nicht als eine einzudämmende Flut, sondern als vollwertige Menschen zu betrachten.

Herr Ernst Gödl, Vertreter des österreichischen Nationalrats, berichtet, dass er an der österreichisch-slowenischen Grenze lebe und 2015 miterlebt habe, wie Tausende von Menschen die Grenze ohne jegliche Kontrolle überquert hätten, was die Glaubwürdigkeit der europäischen Institutionen untergraben habe – eine Situation, die sich nicht wiederholen dürfe. Er erinnert daran, dass Österreich mit seinen 9 Millionen Einwohnern 150.000 ukrainische Flüchtlinge und zusätzlich 136.000 Asylsuchende beherberge. Er schließt sich dem Präsidenten Gérard Larcher in seiner Forderung nach einer soliden und kohärenten europäischen Migrationspolitik an. Er ruft dazu auf, der Unterstützung der Herkunftsländer, insbesondere der afrikanischen Länder, der Zusammenarbeit und – im Falle eines Massenzustroms – der Aufnahme in der unmittelbaren Nachbarschaft den Vorzug zu geben.

Da es für Österreich von größter Bedeutung gewesen sei, Flüchtlingen aus der Ukraine Schutz zu gewähren, habe es die Richtlinie sofort umgesetzt und ihnen den Zugang

zum Arbeitsmarkt, zur Ausbildung und zur sozialen Absicherung ermöglicht. Diese Menschen müssen die Chance erhalten, ein normales Leben zu führen.

Herr Davor Ivo Stier, Vertreter des kroatischen Parlaments, erinnert daran, dass Kroatien in der Vergangenheit fast 1 Million Flüchtlinge und Vertriebene aus Bosnien und Herzegowina oder den besetzten kroatischen Gebieten aufgenommen habe. Im gleichen Solidaritätssinn nehme es derzeit fast 20.000 ukrainische Flüchtlinge auf.

Der Redner stellt das Scheitern der Dublin-Verordnung fest und hält ein neues Migrations- und Asylpaket für notwendig. Die Unterschiede zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten werden ihm immer deutlicher. Wirtschaftliche Einwanderung sei aus demografischer Sicht zwar weiterhin wünschenswert, müsse aber legal und reguliert bleiben. Die Beispiele Marokkos, Weißrusslands oder der Türkei hätten gezeigt, dass die Migration für politische Zwecke instrumentalisiert werden könne. Die Europäische Union müsse sich dessen bewusst sein.

Er erklärt, dass Kroatien den Entwurf für ein neues Migrations- und Asylpaket begrüße, das nicht mehr die gesamte Last auf die Frontstaaten abwälze und den Transitländern besondere Aufmerksamkeit schenke. Er sehe keinen Widerspruch zwischen der Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte auf der einen Seite und der Sicherheit der Grenzen und der Bürger auf der anderen Seite. Er bekräftigt schließlich das Bestreben Kroatiens, dem Schengen-Raum beizutreten.

Frau Marina Nikolaou, Vertreterin des zypriotischen Repräsentantenhauses, ist der Ansicht, dass alles eine Frage des Willens sei, wie die Ukraine-Krise zeige. Sie erinnert daran, dass einige Mitgliedstaaten jahrelang eine stärkere Zusammenarbeit und eine bessere Aufteilung der Verantwortung im Bereich der Migration gefordert haben.

Tatsächlich hätte die Republik Zypern große Schwierigkeiten gehabt, den massiven Zustrom von Flüchtlingen und Migranten zu bewältigen, der von der Türkei auf inakzeptable Weise instrumentalisiert worden sei. In den letzten Jahren sei die Zahl der Asylanträge pro Kopf in Zypern die höchste in der Europäischen Union.

Obwohl sie die bemerkenswerte Reaktion der Europäischen Union auf die Ukraine-Krise begrüße, bedauert Frau Marina Nikolaou, dass sie selektiv nach der Herkunft der Flüchtlinge gehandelt habe. Sie bedauert außerdem, dass die Europäische Union, obwohl die Türkei seit 1974 die Souveränität Zyperns verletze, eine gemeinsame Erklärung mit diesem Land veröffentlicht habe.

Sie fordert von der Europäischen Union mehr Solidarität mit Flüchtlingen ohne Ausnahme, aber auch mit den Mitgliedstaaten, die sie benötigen. Sie wünscht sich ein Migrations- und Asylpaket, das einen fairen Umsiedlungsmechanismus beinhalten sollte. Ihrer Meinung nach sollten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten mehr in die Integrationspolitik investieren, anstatt eine „Festung Europa“ zu errichten – eine Strategie, die gescheitert sei. Insbesondere fordert sie die Grenzschutzagentur Frontex auf, die Abschiebungspolitik einzustellen, da diese die Grundrechte der Menschen verletze. Ihrer Ansicht nach müssen die Hauptursachen, die Migranten ins Exil treiben, stärker bekämpft werden.

Abschließend ruft die Rednerin die Europäische Union auf, der Deeskalation des Konflikts in der Ukraine und dem diplomatischen Dialog im Hinblick auf eine ausgehandelte Vereinbarung den Vorzug zu geben. Europa müsse ein Akteur für Frieden, Entwicklung und humanitäre Lösungen sein. Die Würde und der Wohlstand der Menschen, Migranten und Flüchtlinge eingeschlossen, müssen seine Prioritäten sein. (*Applaus.*)

Herr Helge Lindh, Vertreter des Deutschen Bundestages, fordert humanitären Pragmatismus: Die Genfer Konvention müsse vollständig umgesetzt und folglich die Abschiebungen eingestellt werden. In einer solchen Krisensituation sei das Asylverfahren überflüssig, und die Richtlinie zum vorübergehenden Schutz erscheine ihm angebracht.

Er fordert die Einführung innovativer Systeme, die alle Beteiligten – Zivilgesellschaft, Staat, Gemeinden – in die Steuerung der Flüchtlingsaufnahme einbeziehen. Seiner Meinung nach funktionieren Zwangsverteilungen nicht: Man müsse die Betroffenen in die Entscheidungen einbeziehen und ihnen die Wahl lassen.

Herr Helge Lindh wünscht sich ambitioniertere Maßnahmen. Die großen europäischen Länder nehmen im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung nur 0,6-0,7 % der Flüchtlinge aus der Ukraine auf, während Polen 6-7 % und Moldawien 3,6 % aufnehmen. Dieses starke Ungleichgewicht befände er auf Dauer für nicht haltbar.

Herr Hervé Rigot, Vertreter der belgischen Abgeordnetenkammer, bezweifelt, dass die wichtigsten Lehren aus der Krise von 2015 gezogen worden seien: In einer krisengeschüttelten Welt fliehen Menschen, um eine Zukunft für sich und ihre Familien zu finden. Außerdem seien keine Grenzen dicht.

Zwar sei er stolz auf die Unterstützung für die ukrainischen Flüchtlinge, doch frage er sich, was für die Migranten aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea getan worden sei. Die Aufstockung der Mittel der Grenzschutzagentur Frontex habe nur zu Menschenrechtsverletzungen geführt, die den Rücktritt des Exekutivdirektors zur Folge gehabt hätten. Studenten außereuropäischer Herkunft sitzen an den Grenzen der Ukraine fest. Männer, Frauen und Kinder, die ins Meer zurückgedrängt werden, ertrinken im Mittelmeer.

Selbst im Heimatland der Menschenrechte werde weiterhin regelmäßig das spärliche Hab und Gut derjenigen zerstört, die in Calais stranden.

Herr Hervé Rigot stellt fest, dass sich bei der Aufnahme von Migranten alle den Ball hin und her schieben, aber nur wenige darin einen Mehrwert für unsere Gesellschaften sehen würden. Die ergriffenen Gesetzesinitiativen bieten nur geringe Garantien für den Zugang zu Rechtshilfe an den Grenzen und die Solidaritätsmechanismen seien kaum bindend.

Infolgedessen gedeihen populistische und fremdenfeindliche Diskurse in Europa. Der Migrant sei ein Barbar, ein Profiteur, ein Krimineller... Um dieser Fantasie zu entsprechen, greifen Regierungen Migranten an, wo die Mittel zur Bekämpfung von Schleusern und Nutznießern der Schattenwirtschaft, die das menschliche Elend ausnutzen, verstärkt werden müssten. In diesem Zusammenhang wende sich die Bevölkerung politischen Kräften zu, deren Ideologie den Grundfesten der Europäischen Union zuwiderlaufe.

Er dringt auf ein starkes Europa, das den Opfern von Gräueltaten unabhängig von ihrer Herkunft solidarisch gegenüberstehe. Er appelliert, Migranten nicht gegeneinander auszuspielen: Solidarität müsse zwischen allen Ländern herrschen. Es gehe nicht mehr darum, sich hinter Dublin zu verstecken und die Grenzländer ihrem Schicksal zu überlassen; es gehe auch nicht mehr darum, zu akzeptieren, dass einige Mauern errichten, während andere Migranten mit Macht und Gewalt abwehren.

Der Redner argumentiert, man sei Europa oder man sei es nicht. Er sei überzeugt, wie Angela Merkel im Jahr 2015 – „*Wir schaffen das!*“ –, dass die Herausforderung einer humanen, soliden und verantwortungsvollen Migrationspolitik bewältigt werden könne. Er schließt seine Rede mit dem Zitat von Victor Hugo „Was Paris rät, darüber denkt Europa nach; was Paris beginnt, das setzt Europa fort“ und ruft dazu auf, der Hoffnung, die dieses

Treffen in der „Stadt der Lichte“ darstelle, Gestalt zu verleihen und somit „zu beginnen“.
(*Applaus.*)

Herr Stefan Schennach, Vertreter des österreichischen Bundesrates, drückt seine Besorgnis über einige Äußerungen aus, die während der Debatte zu hören gewesen seien. Er erinnert daran, dass weder die Vereinten Nationen (UN) noch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einen Unterschied zwischen einem Flüchtling aus Mariupol und einem Flüchtling aus Aleppo machen. Es müsse darauf geachtet werden, dass Ungerechtigkeiten nicht verschärft werden.

Anschließend lobt er die Initiativen, die es ukrainischen Flüchtlingen ermöglicht hätten, das umständliche Asylverfahren zu umgehen und so schnell Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Er bedauert, dass das Mittelmeer, das *Mare Nostrum*, nicht mehr der Ort sei, an dem die Menschen früher zusammenkamen und sich versammelten. Die Tatsache, dass eine europäische Agentur Migranten abweise und damit gegen Menschenrechtskonventionen verstoße, empöre ihn.

Anschließend ruft Herr Stefan Schennach zur Schaffung humanitärer Korridore für Flüchtlinge, Migranten und Vertriebene auf. Er argumentiert, dass Migration nicht dasselbe sei wie Flucht, und dass es auch neue Kategorien von zu schützenden Bevölkerungsgruppen gebe – Opfer sexueller Übergriffe oder auch Klimaflüchtlinge.

Schließlich halte er es für notwendig, das ungeeignete Dublin-Verfahren zu überarbeiten und zur Funktionsweise des Schengen-Raums zurückzukehren. Europa brauche die geistige und intellektuelle Mobilität des Erasmus-Programms ebenso wie die physische Mobilität, die durch die Öffnung der Grenzen ermöglicht werde.

Herr Stephen Nikola Bartulica, Vertreter des kroatischen Parlaments, bestätigt, dass Kroatien in den 1990er Jahren fast 1 Million Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina aufgenommen habe. Eine ähnliche Solidarität bestehe gegenüber Ukrainern, die aufgrund eines kürzlich verabschiedeten Gesetzes das kroatische Sozial- und Gesundheitssystem in Anspruch nehmen können.

Er besteht auf der notwendigen Unterscheidung zwischen Kriegsvertriebenen und -flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten. Die europäischen Länder würden, ebenso wie die Europäische Union, nur über begrenzte Mittel verfügen. Bei der Bewältigung der Migrationsherausforderung sollte man sich dieses Vorsichtsprinzip vor Augen halten.

Herr Stephen Nikola Bartulica stellt fest, dass in vielen Ländern die Integration einer großen Zahl von Migranten gescheitert sei, was unter anderem auf die religiöse Frage zurückzuführen sei, die seiner Meinung nach ernst genommen werden und eine ehrliche und offene Debatte auslösen müsse. Er schließt seinen Beitrag mit dem Hinweis, dass sein Verständnis von Grundrechten ebenfalls die Rechte ungeborener Kinder einschließe.

Herr Ludvig Aspling, Vertreter des schwedischen Parlaments, spricht über die ethischen Aspekte der europäischen Migrationsgesetze. Er stellt fest, dass wenn man, um in Europa Asyl zu beantragen, zuvor illegal eingereist sein müsse, die große Mehrheit der Betroffenen keinerlei Unterstützung erhalte.

Er veranschaulicht die aktuelle Politik der Europäischen Union folgendermaßen: In der einen Hand wedle sie mit einem Bündel Geldscheine und fordere die Menschen auf, ihre Bankkonten bei lokalen kriminellen Organisationen zu leeren, in der Hoffnung, dass sie, wenn sie am Leben bleiben sollten, einen Teil des Geldes am Zielort erhalten; in der anderen Hand halte sie ein weiteres Bündel Geld, mit dem Polizeiaktionen finanziert werden sollen,

die Migranten daran hindern sollen, ihr Ziel zu erreichen. Dies halte er für unmoralisch und es müsse aufhören.

Herr Ludvig Aspling plädiert für eine völlige Neufassung des Systems. Da die Abschaffung der Visumpflicht und die legale und sichere Einreichung von Asylanträgen im Zielland nicht möglich seien, schlage er vor, die Möglichkeit, innerhalb der Europäischen Union Asyl zu beantragen, abzuschaffen und das Verfahren unter Einhaltung des Völkerrechts an sichere Drittstaaten fremdzugeben. Dies würde dem tödlichen Katz-und-Maus-Spiel ein Ende setzen. In dieser Hinsicht scheinen ihm die Beispiele Großbritanniens und Dänemarks interessant zu sein, die es zu verfolgen gelte. Auf jeden Fall müssen die wirtschaftlichen Anreize, illegal nach Europa zu kommen, eingestellt werden.

Frau Romualda Fernandes, Vertreterin der Versammlung der Portugiesischen Republik, berichtet, dass diese den Rat der Europäischen Union dazu gratuliert habe, wie schnell er am 4. März den Mechanismus für vorübergehenden Schutz aktiviert habe.

Sie fügt hinzu, dass das portugiesische Parlament bereits am 1. März 2022 eine Verordnung verabschiedet habe, in der die spezifischen Kriterien für die Gewährung dieses vorübergehenden Schutzes festgelegt worden seien. Durch ein schnelles und vereinfachtes Verfahren seien Vertriebenen aus der Ukraine problemlos Dokumente ausgestellt worden, die ihnen Zugang zu einer Reihe von Grundrechten – Gesundheitsversorgung, öffentliche Dienstleistungen, Bildung, Arbeit usw. – garantieren. Außerdem sei eine Plattform eingerichtet worden, auf der man online einen Antrag auf vorübergehenden Schutz stellen könne.

Frau Romualda Fernandes zitiert anschließend die portugiesische Ministerin für parlamentarische Angelegenheiten: „Wenn wir in so kurzer Zeit einen Schnelldienst einrichten konnten, der so gute Ergebnisse erzielt hat, gibt es keinen Grund, warum uns das nicht auch bei anderen Flüchtlingen und Vertriebenen gelingen sollte, egal ob sie aus Syrien, Nigeria oder anderen Migrationsströmen kommen. Alle verdienen die gleiche menschliche Behandlung“. Abschließend ist sie der Ansicht, dass das portugiesische Beispiel ein Modell für die Schaffung eines globalen Migrationspakts sein könnte. (*Applaus.*)

Herr Toomas Kivimägi, Vertreter der estnischen Staatsversammlung, berichtet, dass Estland fast 48.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen habe, was 2,9 % der Bevölkerung entspreche. Im Vergleich dazu würde dies für Frankreich bedeuten, dass es fast 1,9 Millionen Flüchtlinge aufnehmen müsste.

Obwohl Estland vor dieser enormen Herausforderung stehe, sei es nicht für die Einführung von Zwangsquoten. Herr Toomas Kivimägi hält es für besser, ukrainischen Flüchtlingen die Möglichkeit zu geben, sich in Ländern oder geografischen Gebieten in der Nähe ihrer Herkunftsregion niederzulassen, wenn sie dies wünschen, als sie zu einer Flucht über Tausende von Kilometern zu drängen: Dies sei oft einfacher, und die meisten von ihnen möchten nach dem Krieg in die Ukraine zurückkehren. In Estland leben 350.000 russischsprachige Menschen, was die Integration der Ukrainer erleichtere. Im Übrigen arbeiten bereits 25.000 von ihnen.

Er gibt an, dass er sich von der Europäischen Union eine bessere Übernahme der damit verbundenen Kosten in den Ländern wünsche, die eine große Zahl an Flüchtlingen aufnehmen. Er argumentiert, dass die Ukraine, die für die Freiheit in Europa kämpfe, Europa nichts schulde, sondern dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten der Ukraine

ganz im Gegenteil viel zu verdanken hätten. Er schließt seine Rede mit: „Slava Ukraini!“
(*Applaus.*)

Herr Markus Leinfellner, Vertreter des österreichischen Bundesrates, bestätigt, dass die Menschen, die aus der Ukraine fliehen, wirklich Hilfe benötigen. Er ist der Ansicht, dass die Migrationskrise von 2015 und die aktuelle Krise nicht gleichgesetzt werden sollten. Die erste betraf 2,2 Millionen Menschen, die nach der Genfer Konvention als Flüchtlinge galten. Diejenigen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, fallen nicht unter diese Definition, sondern unter einen ein- oder zweijährigen Mechanismus für vorübergehenden Schutz, der ihnen unter anderem den Zugang zum Arbeitsmarkt ermögliche.

Er stelle dennoch eine Gemeinsamkeit zwischen den beiden Krisen fest: ihren zeitlich begrenzten Charakter. Wenn die Fluchtgründe wegfallen, müssen diese Menschen in ihr Land zurückkehren. Er bittet darum, die bestehenden rechtlichen Bestimmungen nicht zu vergessen.

Herr Julian Pahlke, Vertreter des Deutschen Bundestages, ist der Ansicht, dass die Europäische Union während des Krieges in der Ukraine gezeigt habe, zu welchen Leistungen sie in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen fähig sei. Was sie erreicht habe – durch das Offenhalten der Grenzen oder den Solidaritätsmechanismus für die ukrainischen Flüchtlinge – werde in die Geschichte eingehen.

Die Europäische Union, die nach den Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs gegründet worden sei, sehe ihr Erbe und ihre Werte bedroht. Anstatt eine Küstenwache zu finanzieren, sollte sie dafür sorgen, dass das Asylrecht garantiert werde und Flüchtlinge wohlbehalten ankommen.

Herr Julian Pahlke berichtet, dass er mit Freiwilligen auf Schiffen im Mittelmeer unterwegs gewesen sei und mehrere Menschen vor dem Ertrinken gerettet habe. Andere habe er untergehen sehen. Seiner Meinung nach müsse dies aufhören.

Die Krise in der Ukraine erfordere eine Antwort, die den europäischen Werten gerecht werde. Die Menschenrechte und die Menschenwürde müssen geschützt werden. Das gemeinsame Ziel eines jeden Europäers müsse es sein, niemanden zurückzulassen. (*Applaus.*)

Herr Georgios Kamminis, Vertreter des griechischen Parlaments, stellt fest, dass Europa sieben Jahre nach der Krise von 2015 an seinen Außengrenzen mit einer neuen humanitären Herausforderung konfrontiert sei. Griechenland befinde sich, wie andere Länder auch, seit nunmehr fast zehn Jahren in einer solchen Situation und halte weiterhin seine Verpflichtungen ein.

Aus diesen Krisen lasse sich ableiten, dass Migration wie der Klimawandel eine grenzüberschreitende Herausforderung darstelle, für die es nur eine europäische Lösung geben könne. Leider würden die Bestimmungen des Entwurfs des Migrations- und Asylpakets kein angemessenes Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung zulassen.

Herr Georgios Kamminis ist der Ansicht, dass die Krisen von 2015 und die Ereignisse an der griechisch-türkischen Grenze im Jahr 2020 gezeigt hätten, dass Europa zwar mit Drittländern zusammenarbeiten müsse, sich aber bei der Steuerung seiner Migrationsströme nicht länger auf sie verlassen dürfe. Die Türkei durch die gemeinsame Erklärung von 2016 zum Partner und Schiedsrichter in Migrationsfragen zu machen, sei ein Fehler gewesen, auf den sich später Russland, Weißrussland und Marokko gestützt hätten. Der Redner ist der Ansicht, dass, solange Europa nicht auf eine angemessene Integration von Flüchtlingen hinarbeite, diese Länder seine Schwachstellen ausnutzen würden.

Die Erfahrung zeige, dass niemand allein handeln könne: Die Europäische Union, die Vereinten Nationen und die OECD müssen zusammenarbeiten und gemeinsam handeln.
(*Applaus.*)

Als Antwort auf diese Ausführungen erklärt **Frau Monique Pariat, Generaldirektorin Migration und Inneres (GD HOME) der Europäischen Kommission**, dass der vorübergehende Schutz ohne die Notwendigkeit eines besonderen Verfahrens und auf sehr schnelle Weise Bedingungen gewährleiste, die dem Asyl fast gleichwertig seien. Sie weist darauf hin, dass es Ähnlichkeiten zwischen der Krise von 2015 und der Ukraine-Krise gebe, da die syrischen Flüchtlinge ebenfalls vor einem Konflikt geflohen seien.

Sie berichtet, dass die Dienststellen der Europäischen Kommission an der Einrichtung eines gemeinsamen Registers zum vorübergehenden Schutz arbeiten, um die Weiterverfolgung der betroffenen Personen, insbesondere von Frauen und Kindern, zu gewährleisten und so potenzielle Situationen des Menschenhandels oder der Entführung sofort aufzudecken. Diese Arbeit sollte bis Ende Mai dieses Jahres abgeschlossen sein.

Was die finanzielle Unterstützung betreffe, so habe die Europäische Kommission ihr Möglichstes getan, um so viele Mittel wie möglich freizugeben und die Nutzung der Strukturfonds flexibler zu gestalten. Jede Person, die vorübergehenden Schutz genieße, habe *de facto* Anspruch auf den Europäischen Sozialfonds, den Europäischen Regionalfonds und die verschiedenen Kohäsionsfonds.

Frau Monique Pariat kündigt außerdem die bevorstehende Freigabe von 400 Millionen Euro aus dem Asyl- und Migrationsfonds an. Diese zwar bescheidenen Mittel sollen in einer ersten Tranche die Arbeit von Frontstaaten wie der Tschechischen Republik,

Polen oder Rumänien und in einer zweiten Tranche von Ländern, die ebenfalls von der Krise betroffen seien, wie Estland, unterstützen.

Sie erinnert ferner an die Solidarität der Europäischen Union mit Moldau, das geopolitisch besonders verwundbar sei. Schließlich betont sie die Notwendigkeit, den Kampf gegen den Waffenhandel zu verstärken, da das große Waffenarsenal, das sich in der Ukraine angesammelt habe, in naher Zukunft besonders aufmerksam beobachtet werden müsse.

Herr Marco Minniti, ehemaliger Innenminister der Italienischen Republik und Vorsitzender der Leonardo-Stiftung Med-Or, meint, in den heutigen Debatten ein gemeinsames Gefühl zu erkennen. Dies scheine ihm angesichts der schwierigen Herausforderungen, die vor uns liegen, wichtig zu sein. Er dankt erneut den Ländern, die außerordentliche Aufnahmeaktionen für Flüchtlinge aus der Ukraine durchgeführt haben.

Obwohl er das Gegenteil wünsche, befürchte er, dass die Krise andauern werde, was in einer vernetzten Welt zu weitreichenden Konsequenzen führen könnte, auch in Ländern, die weit vom Schauplatz der Feindseligkeiten entfernt seien. Daher fordert er, dass die sich vor allem in Nordafrika abzeichnende Nahrungsmittelkrise, die außer Kontrolle geraten könnte, so schnell wie möglich angegangen werde: Der in der Ukraine blockierte Weizen müsse an seinen Bestimmungsort gelangen können, und andernfalls müssten Lösungen gefunden werden, um den vom Mangel bedrohten Ländern zu helfen. Bisher habe das europäische Solidaritätssystem standgehalten, aber es könnte angesichts massiver Flüchtlingsströme von der anderen Seite des Mittelmeers überfordert sein.

Er gibt zu, dass er in dieser Hinsicht zutiefst besorgt sei, und schlägt vor, in Erwartung einer Änderung der Dublin-Verordnung bereits jetzt mit den nordafrikanischen Ländern zu verhandeln. Wenn Europa 6 Milliarden Euro an Hilfgeldern in zwei Tranchen für

die Türkei vorgesehen habe, könnte es auch kleinere Beträge für Länder wie Tunesien, Marokko oder Libyen bereitstellen.

Laut Herrn Marco Minniti müsse sich Europa dieser bevorstehenden Herausforderung stellen. Kein Land werde dies alleine schaffen. Europa wisse, wie es mit schwierigen Situationen umgehen müsse, tue dies aber manchmal nur langsam. In einem bewaffneten Konflikt sei eine langsame Reaktion jedoch nicht zulässig. (*Applaus.*)

Die Sitzung wird um 12:20 Uhr unterbrochen. Sie wird um 14:30 Uhr fortgesetzt.

Zweite Sitzung - Welche Hebel für die Kontrolle der Außengrenzen?

- Vorsitz von Frau Yaël Braun-Pivet, Vorsitzende des Gesetzausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik -

Frau Yaël Braun-Pivet, Vorsitzende des Gesetzausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik, erinnert daran, dass die zweite Sitzung der Kontrolle der Außengrenzen gewidmet sein werde, und betont, dass dieses Thema für die Einführung einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik in Europa von größter Bedeutung sei. Sie weist darauf hin, dass die Verlagerung von den nationalen Grenzen zu den Außengrenzen in der Tat eine ganz neue Situation darstelle, deren Kontrolle von entscheidender Bedeutung sei. Sie merkt an, dass dieses Thema gerade in einem kürzlich erschienenen und interessanten Bericht des Gesetzausschusses des Senats der Französischen Republik behandelt worden sei.

Herr François-Noël Buffet, Vorsitzender des Gesetzausschusses des Senats der Französischen Republik, ist der Ansicht, dass die Kontrolle der Außengrenzen die unabdingbare Voraussetzung für jede ambitionierte Migrationspolitik sei, und dass es daher

kein Zufall sei, dass dies ein eigenständiger Teil des von der Europäischen Kommission im September 2020 vorgelegten Entwurfs eines Migrationspakts sei.

Herr François-Noël Buffet erklärt, dass die Wirksamkeit unserer Aufnahme- und Integrationsmaßnahmen von unserer Fähigkeit abhängt, den Zugang zu und die Bewegung auf europäischem Gebiet zu kontrollieren. Er betont zum einen, dass die Ströme der irregulären Migration den Druck auf die bereits stark beanspruchten internen Integrationssysteme erhöhen und die Gefährdung unserer Mitbürger durch grenzüberschreitende Kriminalität steigern. Andererseits bedauert er, dass wir nicht in der Lage gewesen seien, darauf mit der Einführung wirksamer Grenzkontrollen zu reagieren. Anschließend weist er darauf hin, dass die Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitskrise die Einreisen nach Europa zwar vorübergehend unterbunden hätten, die irregulären Migrationsströme im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 jedoch um 60 % zugenommen hätten. Schließlich verweist er auf eine deutliche Verlagerung der Migrationsströme zugunsten der zentralen Mittelmeerroute, vor allem gegenüber der östlichen Mittelmeerroute und der Balkanroute.

Er weist auf die eklatante Unzulänglichkeit der Kontrolle unserer Außengrenzen seit der „Krise“ von 2015 hin, in der 1,8 Millionen irreguläre Grenzübertritte festgestellt worden seien, und betont, dass diese Situation die völlige Unangepasstheit der europäischen Migrationspolitik an die Herausforderungen und die großen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten über die Richtung, die einer Reform dieser Politik zu geben sei, offenbart habe. Er kritisiert das Transitabkommen mit dem türkischen Staat, das seiner Meinung nach eine zweitrangige Lösung darstelle, die die strukturellen Mängel nicht behebe und dazu zwingt, sich auf einen Drittstaat zu verlassen.

Er kritisiert die ebenfalls unbefriedigende Bilanz in Bezug auf die Rückführung in die Herkunftsländer: Im Jahr 2020 seien nur 18 % der Abschiebungsentscheidungen vollstreckt worden, wobei die Rückführungsquoten in einigen Staaten nur sehr gering seien. Er erinnert an die Position des Gesetzausschusses des Senats der Französischen Republik, der kürzlich einen Bericht über die französische Einwanderungspolitik vorgelegt habe: Im Bereich der Abschiebung könne nur ein europäischer Ansatz die Hindernisse aus dem Weg räumen. Insbesondere würde eine wirkliche europäische Politik im Bereich der Visabeschränkungen zweifellos die widerspenstigsten Staaten zu mehr Zusammenarbeit verpflichten. Der Gesetzausschuss plädiere daher dafür, auf europäischer Ebene stärker von dem „Visa- und Rückübernahme-Hebel“ gegenüber diesen Staaten Gebrauch zu machen.

Außerdem sollte seiner Meinung nach ernsthaft in Erwägung gezogen werden, die Entwicklungshilfe stärker an die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der irregulären Einwanderung zu knüpfen.

Er berichtet, dass bereits Reformen durchgeführt worden seien, um unsere Kontrolle über die Außengrenzen zu stärken, darunter die Umwandlung der Frontex-Agentur in einen echten Akteur zur operativen Unterstützung vor Ort. Er stellt fest, wie nützlich diese Agentur in Frankreich sei, insbesondere im Rahmen der „Operation Côte d'Opale“ (Opalküste) im Ärmelkanal.

Allgemeiner betrachtet halte er die Schaffung eines ständigen Kontingents von 10.000 europäischen Grenzschutzbeamten bis 2027 und die Verdoppelung des Budgets der Agentur auf 900 Millionen Euro für starke Signale. Er äußert den Wunsch, dass diese Entwicklung fortgesetzt werde, und dass die angekündigten Veränderungen in der Leitung der Agentur die gesetzten Ziele nicht in Frage stellen.

Herr François-Noël Buffet ist der Ansicht, dass der Entwurf des Migrations- und Asylpakets interessante Instrumente zur Stärkung unserer kollektiven Kontrolle über die Außengrenzen vorsehe, sei es durch Filterung oder Asyl an der Grenze. Seine Umsetzung würde seiner Meinung nach eine bessere Kontrolle der Einreise in das europäische Hoheitsgebiet ermöglichen, ohne die Grundrechte der Personen in Frage zu stellen.

Abschließend bekräftigt er, dass die Frage der mit den Herkunftsländern aufzubauenden Partnerschaften nicht umgangen werden dürfe, und verweist auf die wichtige Rolle, die die Europäische Union bei der Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung dieser Staaten spielen müsse.

Er erinnert daran, dass es Aufgabe der nationalen Parlamentarier sei, die Maßnahmen zu finden, die ergriffen werden müssen, um eine bessere Kontrolle über die Außengrenzen der Europäischen Union zu gewährleisten. Schließlich äußert Herr François-Noël Buffet seine Überzeugung, dass der Austausch des Tages es ermöglichen werde, gemeinsam in die richtige Richtung zu gehen. (*Applaus.*)

Frau Monique Pariat, Generaldirektorin Migration und Inneres (GD HOME) der Europäischen Kommission, weist darauf hin, dass der Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union und die europäische Migrationspolitik mit dem Aufbau des Schengen-Raums, dem weltweit größten Freizügigkeitsraum, verbunden seien. Sie erinnert daran, dass sich mehr als 1,7 Millionen Menschen jeden Tag innerhalb dieses Raumes von einem Land ins andere bewegen, um zu arbeiten. Sie ist der Ansicht, dass wir auf diese Leistung stolz sein können, und äußert den Wunsch, einen solchen Vektor der wirtschaftlichen Entwicklung und des Friedens zu erhalten.

Frau Monique Pariat bekräftigt, dass die Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums in erster Linie dazu führe, dass die Kontrolle der Migrationsströme auf die „Außengrenzen“ verlagert werde, was im Gegenzug die Abschaffung der „Binnengrenzen“ zur Folge habe. Sie weist darauf hin, dass die Migrationskrise von 2015 Schwachstellen an den Außengrenzen aufgedeckt habe. Sie stellt fest, dass ein Konsens über einen besseren Schutz derselben und eine Verringerung der irregulären Migrationsströme innerhalb der Union erreicht worden sei. Um dies zu erreichen, müssen verschiedene Hebel betätigt werden.

Der erste Hebel bestehe in der Einführung eines integrierten Systems zur Verwaltung der Außengrenzen, das auf gemeinsamer Verantwortung beruhe. Sie begrüßt zunächst die Umwandlung von Frontex in eine europäische Grenzschutzagentur im Jahr 2016 sowie die erhebliche Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen auf 1 Milliarde Euro pro Jahr. Die Agentur sei schnell mobilisiert worden, um die Grenze zwischen Moldau und der Ukraine zu schützen.

Frau Monique Pariat betont, dass Grenzmanagement auch die Verwirklichung der Interoperabilität der europäischen Informationssysteme – Schengener Informationssystem (SIS); Einreise-/Ausreisesystem (EES); Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem (Etias), das dem amerikanischen ESTA entspreche; Integriertes System zur Verfolgung von visumpflichtigen Personen – bis Ende 2023 beinhalte, wodurch die Europäische Union mit dem modernsten computergestützten Grenzkontrollsystem ausgestattet werde. Diese Aufgabe, so betont sie, erfordere ein massives Engagement der Mitgliedstaaten. Sie erinnert daran, dass die Europäische Kommission zur Harmonisierung der Praktiken an den Grenzen eine Verordnung vorgeschlagen habe, die ein integriertes Verfahren an der Grenze einführe und die Identifizierung aller aus Seenot geretteten Personen ermögliche – die sogenannte „*Screening*“-Verordnung.

Laut der Rednerin sei die integrierte Grenzverwaltung auch eine Frage des Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine Überarbeitung des gegenseitigen Evaluierungs- und Kontrollmechanismus von Schengen bald endgültig verabschiedet werden solle. Eine recht substantielle Überarbeitung des Schengener Grenzkodex, die die Erfahrungen der letzten Jahre und die Auswirkungen der Covid-Krise berücksichtige, sei ebenso vorgeschlagen worden wie eine bessere polizeiliche Zusammenarbeit und eine Stärkung des Schengen-Systems.

Frau Monique Pariat erklärt, dass der Schutz der Grenzen nicht ohne die strikte, aber gerechte Anwendung der Grundrechte und ohne jegliche Abweichungen von den Genfer Konventionen möglich sei. Sie erklärt, dass die Europäische Kommission über Asylrechtsverletzungen besorgt sei, die von Nichtregierungsorganisationen oder dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen berichtet würden. Sie plädiert für transparente Kontrollmechanismen und begrüßt, dass unabhängige nationale Organisationen für mehrere Mitgliedstaaten Untersuchungen durchführen. Sie führt aus, dass Frontex seine Fähigkeiten in diesem Bereich unter Beweis gestellt habe, da im Juli 2021 ein Grundrechtsbeamter ernannt worden sei.

Frau Monique Pariat berichtet, dass der zweite Hebel zum Schutz der Außengrenzen darauf abziele, den Kampf gegen die irreguläre Einwanderung zu verstärken und unbegründete Anträge beschleunigt zu bearbeiten. Es werde auch, so fügt sie hinzu, ein effektiveres europäisches Rückführungssystem eingeführt, mit der Beteiligung einer Koordinatorin, die die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördern solle, und der Unterstützung durch Frontex.

Als letzten Hebel nennt sie schließlich eine bessere Zusammenarbeit mit Drittländern durch eine wirksame Bekämpfung von Schleusern.

Da Migration eine gemeinsame Zuständigkeit ist, betont die Rednerin, dass die größte Herausforderung für die Europäische Union darin bestehe, mit einer Stimme zu sprechen. Sie nennt die gemeinsamen Aktionspläne, die mit Drittländern aufgestellt worden seien, damit diese ihren Schutz der Außengrenzen verbessern, den illegalen Handel bekämpfen und ihre Staatsangehörigen zurücknehmen. Parallel dazu befürwortet sie eine Zusammenarbeit bei der legalen Einwanderung durch Partnerschaften, die Talente anziehen sollen, und möglicherweise restriktivere Maßnahmen bei der Visaerteilung. Frau Monique Pariat kommt zu dem Schluss, dass eine Migrationspolitik nur im Rahmen einer ausgebauten Zusammenarbeit mit den Partnerdrittländern wirksam sein könne. (*Applaus.*)

Herr Claude d'Harcourt, Generaldirektor für Ausländer in Frankreich im Innenministerium der Französischen Republik, ist der Meinung, dass es bei komplexen Themen nicht schaden könne, sich auf die Klassiker zu besinnen. Er zitiert *Lob der Grenzen* von Régis Debray: „Die Grenze ist eine gastfreundliche Begrenzung, die für die Vielfalt der Welt bürgt.“ Oder: „Wo keine Grenzen sind, sind Mauern“. Herrn Claude d'Harcourt zufolge müsse man sich fragen, ob es uns gelinge, intelligente Grenzen oder gar glückliche Grenzen zu errichten.

Er erinnert daran, dass die Krisen der letzten Jahre die Grenzen der Europäischen Union auf eine harte Probe gestellt hätten: 2021 habe Frankreich 120.000 Einreiseverweigerungen ausgesprochen, doppelt so viele wie 2019. Der Anteil der Sekundärbewegungen von Asylbewerbern sei konstant geblieben und betreffe fast 30 Prozent von ihnen.

Herr Claude d'Harcourt weist darauf hin, dass im Sinne von Schengen die verstärkten Kontrollen an den Außengrenzen die notwendige Gegenleistung für die Freizügigkeit in diesem gemeinsamen Raum seien, und erklärt, dass Frankreich die

Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung ständig unterstütze, insbesondere die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Regeln des Schengener Grenzkodexes. Er erklärt, dass es darum gehe, eine gleichwertige Lösung zu bieten, wie sie Frankreich durch die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen im Jahr 2015 gefunden habe. Er fügt hinzu, dass das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom 22. April 2022, wonach die Aufrechterhaltung von Kontrollen an den Binnengrenzen mit dem Vorliegen einer neuen Bedrohung begründet werden müsse, derzeit von den Dienststellen des Innenministeriums analysiert werde, und dass Frankreich die entsprechenden Lehren daraus ziehen werde.

Laut dem Redner enthalte der Entwurf des Migrations- und Asylpakets wesentliche Texte für den Schutz der Außengrenzen der Mitgliedstaaten.

Er erinnert daran, dass ein wiederhergestelltes Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung sei, ebenso wie die Verbindung zwischen Solidarität und Verantwortung. Er stellt fest, dass der französische Innenminister Gérald Darmanin keine Mühen gescheut habe, und dass Frankreich in diesem Bereich vorbildlich sei. Er schlägt vor, parallel zu den beiden derzeit diskutierten Texten – der „Filter“- und der Eurodac-Verordnung – eine politische Erklärung zur Solidarität zugunsten der Ersteinreisestaaten zu verabschieden.

Herr Claude d'Harcourt betont, dass die größten Herausforderungen operativer und technischer Natur seien, dass Frankreich jedoch bereits sehr große Mittel für die Sicherung seiner Binnengrenzen aufwende. Er erinnert daran, dass der wichtigste Akt der letzten Jahre die Stärkung von Frontex gewesen sei. Er möchte zwei wichtige IT-Instrumente

erwähnen: das Einreise-/Ausreisensystem, das im November 2022 in Kraft treten solle, um dem *Overstaying* entgegenzuwirken, und ETIAS, das 2023 wirksam werden solle.

Er äußert den Wunsch, durch Vorregistrierungssysteme einen weitgehend reibungslosen Grenzverkehr zu gewährleisten.

Er betont, dass Europa nur dann glaubwürdig sein könne, wenn es wirksame Mechanismen zur Bekämpfung der irregulären Einwanderung einführe. Aus diesem Grund sollten seiner Meinung nach drei Hebel besser mobilisiert werden.

Der erste sei die „Visa-Rückübernahme“-Maßnahme, die in Kürze zehn Länder betreffen könnte, die je nach Grad ihrer Kooperation restriktiven oder Anreiz schaffenden Maßnahmen unterliegen könnten. Herr Claude d'Harcourt hofft sehr auf Fortschritte in diesem Bereich und stellt fest, dass die koordinierten Bemühungen auf bilateraler und europäischer Ebene dazu beigetragen hätten, dass sich die Zahl der zwangsweisen Rückführungen seit dem 1. März verdreifacht habe.

Der zweite Hebel sei die Entwicklungshilfe. Frankreich unterstütze das Inkrafttreten des neuen Europäischen Nachbarschaftsinstruments, des sogenannten „ENI“, bei dem 10 % des Betrags für die Migration vorgesehen sind.

Schließlich könnte der dritte Hebel, der den Handel betreffe, besser mobilisiert werden, wie von der Europäischen Kommission im Herbst 2021 im Rahmen einer Überprüfung des Allgemeinen Präferenzsystems der Europäischen Union (APS-Verordnung) vorgeschlagen.

Die Europäische Kommission habe Ende 2020 einen Entwurf für ein Migrations- und Asylpaket vorgeschlagen. Die Öffentlichkeit würde es nicht verstehen, wenn Europa

angesichts der aktuellen Ereignisse in dieser Frage nicht vorankäme. In dieser Hinsicht werden die kommenden Wochen von entscheidender Bedeutung sein. (*Applaus.*)

Frau Augusta Montaruli, Vertreterin des italienischen Abgeordnetenhauses, hält die europäischen Debatten über Einwanderung für völlig legitim. Die Migrationsfrage betreffe alle Staaten der Europäischen Union und insbesondere die Anrainerstaaten des Mittelmeers.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, müsse das richtige Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Menschenrechte und den Grenzkontrollen gefunden werden, sagt sie. In diesem Zusammenhang ist sie der Ansicht, dass auf eine starke gemeinsame Außenpolitik hingearbeitet werden müsse; ohne eine solche Politik könnten die Migrationsströme nicht angemessen kontrolliert werden und dem Versuch der Türkei, ihre Hegemonie im Mittelmeerraum durchzusetzen, könne nicht entgegengewirkt werden.

Sie argumentiert auch, dass ein *New Deal* mit Afrika umgesetzt werden sollte. So solle den afrikanischen Ländern, denen es nicht gelinge, die Abwanderung zu begrenzen, dabei geholfen werden indem man ihnen beispielsweise erlaube, das tatsächliche Recht auf Auswanderung ihrer Staatsangehörigen, die in die Europäische Union reisen wollen, zu bewerten. Alles in allem sei es Europas Aufgabe, eine reguläre Einwanderung zu fördern und gleichzeitig das organisierte Verbrechen zu verhindern.

Herr Jean-Yves Leconte, Vertreter des Senats der Französischen Republik, begrüßt die Fortschritte, die die Stärkung von Frontex oder die Einrichtung eines Informations- und Bewertungssystems für den Schengen-Raum darstellen. Dennoch sei ein Europa, das anziehend wirke, besser als ein Europa, das nicht mehr attraktiv sei.

Er betont, dass es nicht sinnvoll sei, dass Europa seine vertraglichen Verpflichtungen an die Türkei, Ruanda oder an rechtsfreie Räume außerhalb seiner Grenzen auslagere. Er fügt hinzu, dass die festgestellten Schwierigkeiten bei der Ausstellung von Visa in europäischen Konsulaten zu einem Rückgang des europäischen Einflusses in der Welt führen.

Außerdem ist er der Ansicht, dass legale Einwanderungswege, insbesondere zwischen Afrika und Europa, unerlässlich seien, und dass die Erpressung mit Visa keinesfalls zu einem Handlungsinstrument werden dürfe, insbesondere nicht für die französische Regierung. Er ist der Ansicht, dass eine willkürliche Schließung der Binnengrenzen nicht dazu führen werde, Europas Außengrenzen stark zu machen. Schließlich weist er darauf hin, dass die Schwierigkeiten von Frontex zum großen Teil darauf zurückzuführen seien, dass die Agentur die Zustimmung des Landes einholen müsse, in dem sie tätig sei.

Der Aufbau einer nachhaltigen Beziehung zu Afrika erfordere, dass man nicht auf die Migrationsfrage fixiert sei. Den Mittelmeerraum, diesen Raum des Austauschs, der für die Entstehung der europäischen Zivilisation von entscheidender Bedeutung gewesen sei, zu einer Grenze machen zu wollen, würde für unseren Kontinent bedeuten, seiner Geschichte und seinen Werten den Rücken zu kehren. (*Applaus.*)

Herr Julian Pahlke, Vertreter des Deutschen Bundestages, erinnert nachdrücklich daran, dass die Menschenrechte von einigen Institutionen der Europäischen Union täglich verletzt würden. Er bedauert auch, dass von „irregulärer Einwanderung“ gesprochen werde, obwohl es eigentlich keine legalen Wege der Einwanderung innerhalb Europas gebe.

Nachdem er den Rücktritt des Exekutivdirektors von Frontex, einer Einrichtung, die für wiederholte Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sei, begrüßt hat, schlägt er vier Maßnahmen vor: Erstens, dass der neue Exekutivdirektor von den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission ernannt werde; zweitens, dass eine Bilanz der bisherigen Arbeit der Agentur gezogen werde; drittens, dass der Bericht des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) schnell veröffentlicht werde; viertens, dass Frontex von Grund auf reformiert werde, um allen festgestellten Missbräuchen ein Ende zu bereiten.

Frau Eva Platteau, Vertreterin der belgischen Abgeordnetenkammer, erklärt, dass die Solidarität der Mitgliedstaaten mit Flüchtlingen, die vor Gewalt oder Krieg fliehen, von größter Bedeutung sei, und dass man diese Pflicht zur Solidarität nicht vergessen dürfe, auch wenn die süd- und osteuropäischen Länder mit einem Massenzustrom von Flüchtlingen konfrontiert seien. Wie auch andere Redner ist sie der Meinung, dass die Dublin-Verordnung überdacht werden sollte, da sie ihre Grenzen aufgezeigt habe.

Ihrer Meinung nach sei es auch notwendig, das Transitabkommen mit der Türkei erneut zu prüfen. Die Achtung dieser Rechte sollte im Mittelpunkt des neuen Migrations- und Asylpakets stehen. In dieser Hinsicht zeigt sie sich auch sehr besorgt über bestimmte Praktiken an den Grenzen Europas und über die Migrationspolitik einiger europäischer Staaten.

Sie betont, dass die Rolle von Frontex in dieser Hinsicht von grundlegender Bedeutung sei, und halte die Vorwürfe der illegalen Abschiebungen und den OLAF-Bericht für alarmierend. Sie ist der Ansicht, dass der Rücktritt des Exekutivdirektors der Agentur eine Gelegenheit biete, die Arbeitsweise der Agentur zu überdenken: Grenzkontrollen sollten beispielsweise systematisch zur Registrierung, zum Zugang zu Verfahren und zu einer individuellen Bewertung von Asylbewerbern führen. Die europäischen Werte in der übrigen

Welt zu fördern, bedeute, bei der Achtung der Menschenrechte mit gutem Beispiel voranzugehen. (*Applaus.*)

Herr Francisco César, Vertreter der Versammlung der Republik Portugal, betont, dass er aus einer Einwanderungsgegend komme, der Insel der Azoren, deren Identität auf Solidarität und der Aufnahme von Migranten beruhe. Seiner Meinung nach sollte Europa eine offene und positive Haltung zur Migration einnehmen und auf eine gemeinsame Einwanderungspolitik hinwirken, da alle Länder die gleichen Grundrechte respektieren müssen.

Um das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Raum zu entwickeln, sollten die EU-Staaten einen funktionierenden Informationsaustausch betreiben, eine gemeinsame Risikoanalyse und gemeinsame Operationen durchführen, und schließlich ihre Fähigkeiten und Ressourcen mithilfe der neuesten Technologien teilen.

Der Redner schließt mit der Feststellung, dass es notwendig sei, Partnerschaften mit Drittländern zu entwickeln, insbesondere im Rahmen einer gemeinsamen Visapolitik, und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Auswanderungsländer zu fördern, um die Migrationsströme zu verlangsamen. (*Applaus.*)

Herr Markus Leinfellner, Vertreter des österreichischen Bundesrates, stellt fest, dass die Zahl der Asylsuchenden in Europa zwischen 2020 und 2021 um 31 % gestiegen sei, und dass zwei Drittel von ihnen nicht die Voraussetzungen für eine Aufnahme erfüllten. Er fügt hinzu, dass in diesem Zeitraum die Zahl der illegalen Grenzübertritte stark zugenommen habe.

Unter diesen Umständen erscheine ihm die Frage nach den Mitteln, die Frontex zur Verfügung stehen, um illegale Einwanderer abzuweisen, von entscheidender Bedeutung.

Seiner Meinung nach wäre es sinnvoll, die Außengrenzen Europas besser zu schützen und neue Wege zu finden, um illegale Einwanderer zurückzuweisen. Unter diesem Gesichtspunkt sei das geplante Migrations- und Asylpaket keine Lösung: Es könnte das Problem sogar noch verschärfen.

Herr Andrius Mazuronis, Vertreter des litauischen Parlaments, betont, dass der Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union und die wirksame Kontrolle der Migrationsströme für die Sicherheit des Schengen-Raums unerlässlich seien. Er bekräftigt, dass das neue Migrations- und Asylpaket ein wirksames Instrument zur Kontrolle dieser Grenzen und zur Integration von Migranten sein könne.

Seiner Ansicht nach müssen die Ursachen der irregulären Einwanderung angegangen und die Instrumentalisierung von Bevölkerungsbewegungen bekämpft werden. Er erinnert daran, dass Litauen vor einem Jahr mit einem von Belarus instrumentalisierten Zustrom illegaler Migranten konfrontiert gewesen sei, was zu einer Gegenreaktion der Europäischen Union und zu Sanktionen geführt habe.

Herr Lazaros Tsavdaridis, Vertreter des griechischen Parlaments, weist darauf hin, dass Griechenland mehrfach die Notwendigkeit betont habe, die operativen Aktivitäten zu intensivieren, um das Migrationsproblem unter Einhaltung des Völkerrechts wirksam anzugehen.

Er erinnert daran, dass Griechenland in den letzten drei Jahren gehandelt habe, um seine Grenzen, die, wie er betont, auch die Außengrenzen Europas seien, effektiver zu schützen, mit dem Ergebnis, dass die Migrationsströme um 85 % zurückgegangen seien, und dass es einen gewissen Erfolg dabei gegeben habe, den Versuchen der Türkei, politischen Druck auf die Europäische Union und insbesondere auf Griechenland auszuüben,

entgegenzuwirken. Der griechische Plan habe auf der Überwachung der Aktivitäten von NGOs, der Einschränkung von Vergünstigungen für Flüchtlinge, der Aufstellung sicherer und moderner Kontrolleinrichtungen und schließlich auf Maßnahmen beruht, die dazu beitragen sollten, die Rückkehr von Personen, die die Kriterien für internationalen Schutz nicht erfüllten, in ihre Heimatländer zu fördern.

Nach Ansicht des Redners sei das geplante Migrations- und Asylpaket zwar von besonderer Bedeutung, erreiche aber nicht das richtige Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität. Er befürworte eher die Notwendigkeit einer Umsiedlung von Asylsuchenden vor der Bearbeitung ihrer Anträge und eine Reform des Verfahrens zur vorübergehenden Aufnahme.

Er erklärt schließlich, dass Griechenland die europäische Priorität unterstütze, Partnerschaften mit Drittländern entlang der Migrationskorridore aufzubauen, um die eigentlichen Ursachen von Migration und Vertreibung zu bekämpfen. (*Applaus.*)

Herr José María Barrios Tejero, Vertreter des spanischen Senats, betont, dass Spanien eines der Länder sei, das die meisten Migranten vom afrikanischen Kontinent aufnehme, und bedauert, dass die Grenzen in Südeuropa Schwachstellen aufweisen. Er ist der Ansicht, dass alle Staaten über ausreichende Ressourcen verfügen sollten, um die Migrationsströme zu kontrollieren, da die Erhöhung der humanen und technischen Mittel dazu beitrage, die Integrität der Grenzen zu gewährleisten. Er wünscht außerdem eine Stärkung der Verhandlungskapazitäten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, um die Demokratisierung der Herkunftsländer der Migranten zu fördern, insbesondere mithilfe von Projekten zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Herr Georgios Kamminis, Vertreter des griechischen Parlaments, erwähnt ebenfalls die Notwendigkeit, das richtige Gleichgewicht zu finden, um die Rettungsaktionen an den Grenzen mit den rechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Schleusern zu vereinbaren. Seiner Meinung nach sei es wichtig, vorrangig die Ursachen der Migration zu bekämpfen, indem man rechtliche und polizeiliche Maßnahmen durchführe und Abkommen mit den Herkunftsländern schließe.

Er halte die Einführung unabhängiger Grenzkontrollmechanismen für unerlässlich, da diese eine wirksame Kontrolle der Vorkontrollen und der Inhaftnahme von Ausländern ermöglichen und gleichzeitig ihre Grundrechte garantieren würden.

Frankreich, das derzeit die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union innehat, habe einen schrittweisen Ansatz für den Entwurf des Migrations- und Asylpakets vorgeschlagen. Griechenland werde dies nur unterstützen, wenn die Grundsätze der Verantwortung und Solidarität Gegenstand von einer koordinierten Untersuchung seien.
(Applaus.)

Herr Daniel Milewski, Vertreter des Sejms Polens, sagt, dass für eine bessere Kontrolle der Außengrenzen die verschiedenen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten müssen. Unter anderem müsse das System zur Rückführung illegaler Migranten verbessert und die Errichtung physischer und technologischer Barrieren an den Grenzen Europas sichergestellt werden. Um Krisensituationen zu begegnen, merkt er an, müssen reaktive Reserven vorhanden sein, die sofort mobilisiert werden können.

Er betont auch, dass die Mitgliedstaaten moderne Ausrüstungen anschaffen und ihre Infrastrukturen konsolidieren müssen, um den Migrationsdruck zu verringern. Darüber hinaus erachte er es als unerlässlich, leistungsfähige Plattformen für den

Informationsaustausch zu implementieren. Abschließend betont er die Notwendigkeit, den Menschenhandel zu bekämpfen, ein Thema, das angesichts des Krieges in der Ukraine hochaktuell sei. (*Applaus.*)

Herr Helge Lindh, Vertreter des Deutschen Bundestages, merkt an, dass die Situation an den Außengrenzen der Europäischen Union den Schutz von Flüchtlingen erforderlich mache, den diese beantragen könnten. Es handele sich um nichts anderes als die Anwendung des internationalen Rechts. Die Europäische Kommission sei gezwungen, die Sicherheit und Kontrolle der Grenzen zu gewährleisten: Dies sei die Aufgabe von Frontex. Das bedeute, dass sie sich an den Grundsatz der Nichtzurückweisung halten müsse. So wäre es inakzeptabel, wenn Frontex Zurückweisungen an den Grenzen der Europäischen Union tolerieren oder sich sogar daran beteiligen würde. Andernfalls würde ganz Europa in Frage gestellt werden.

Herr Helge Lindh bekräftigt, dass die Vertreter der Parlamente der Mitgliedsländer wiederum auch keine Situation akzeptieren können, in der die Grenzen ohne legitimen Grund irregulär von Personen überquert werden, die dazu nicht berechtigt seien. Es sei möglich, legal Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt zu erhalten; es sollten also keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Europa müsse in dieser Hinsicht mehr Möglichkeiten bieten. Nach Ansicht des Redners sei es wichtig, Maßnahmen zu fördern, die im Rahmen von Migrationsprogrammen und nicht nur von Rückführungsprogrammen getroffen werden. Man müsse für legale Migrationswege eintreten, Partnerschaften akzeptieren und Menschen retten, die eine Überfahrt auf dem Meer antreten.

Herr Paulo Moniz, Vertreter der Versammlung der Republik Portugal, betont, dass Präsident Emmanuel Macron die Überarbeitung des Schengen-Systems ermöglicht habe. Er erinnert daran, dass eine der Herausforderungen während der

Pandemiezeit darin bestanden habe, dass es keine koordinierte Reaktion gegeben habe: Einige Länder hätten ihre Grenzen geschlossen, während andere dies nicht getan hätten.

Anschließend betont er, wie wichtig es ihm erscheine, einen anderen Ansatz zum Schutz der bedrohten digitalen Grenzen zu verfolgen, und zwar durch eine gemeinsame Politik zum Schutz der Demokratie, ein „digitales Schengen“. Er bedauert, dass dieses Thema nicht im Mittelpunkt der Diskussionen stehe, obwohl Europa mit lautlosen, aber sehr aggressiven digitalen Bedrohungen konfrontiert sei, die die Demokratien sehr tief untergraben würden.

Er erinnert daran, dass er von den Azoren kommt, die er als „letztes Paradies auf Erden“ bezeichnet, und weist darauf hin, dass die Azoren die westlichsten Inseln in ganz Europa seien, und dass es dort keine Grenzkontrollen gebe. Er habe die Europäische Union darauf aufmerksam gemacht, dass Grenzkontrollen auf allen Inseln notwendig seien, auch wenn dies schwierig sei. (*Applaus.*)

Herr Chrisis Pantelides, Vertreter des Repräsentantenhauses von Zypern, erinnert daran, dass Zypern eines der am stärksten von Migration betroffenen Länder der Europäischen Union sei. In den letzten fünf Jahren habe Zypern im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die meisten Asylbewerber aufgenommen: das entspreche 5 % der Bevölkerung. Diese Situation sei eine Folge der Praktiken der Türkei: Die meisten illegalen Migranten, die nach Zypern kämen, würden über Istanbul und dann durch die von der Türkei besetzte Zone reisen und die „Grüne Linie“ überschreiten. Er fordert mehr Anstrengungen zur Überwachung dieser Linie, die keine Außengrenze sei, sondern sich aus der türkischen Besetzung ergebe.

Danach, so meint er, sollte man sich auf die Rückführung von Personen konzentrieren, die kein Recht haben, in Zypern zu wohnen, und diese Ströme verhindern. Die Unterstützung der Europäischen Union sei in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung.

Schließlich erklärt der Redner, dass er eine Einigung auf ein Migrations- und Asylpaket zum Nutzen aller Mitgliedstaaten sowie die französischen Bemühungen in dieser Richtung unterstütze. (*Applaus.*)

Herr Antonio Gómez-Reino, Vertreter des Abgeordnetenhauses Spaniens, sagt, dass er einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik für wesentlich halte. Er begrüßt es, dass die Debatten am Vormittag nicht zu rassistischen Reden geführt hätten, die unangebracht gewesen wären.

Europa, das sich in einer demografischen Krise befinde, betont er, brauche Arbeitskräfte und die Hilfe von Menschen von außerhalb, um den Wohlfahrtsstaat aufrechtzuerhalten. Es müsse daher diese Migranten und Asylsuchenden integrieren, die gemeinsam mit den Europäern diese Gesellschaften aufbauen wollen. Wer glaube, dass die Europäische Union isoliert von ihren lateinamerikanischen oder afrikanischen Brüdern leben könne, liege falsch. Sich in diesen Gebieten zu engagieren, reiche nicht aus. Herr Gómez-Reino möchte, dass die Europäische Union in der Lage sein werde, diejenigen aufzunehmen, die unsere Gesellschaften und das multiethnische Europa, das er sich wünsche, aufbauen wollen.

Er erinnert daran, dass in der ersten Sitzung von „illegalen Asylbewerbern“ die Rede gewesen sei. Seien nicht auch diejenigen, die einst aus Europa nach Mexiko, Argentinien oder in die USA ausreisten, illegal gewesen? Europa brauche diese Bevölkerungsgruppen.

Schließlich ist der Redner der Ansicht, dass Frontex im Zuge eines Audits von Grund auf neu überdacht werden müsse; wenn Menschenrechtsverletzungen festgestellt würden, müsse die Agentur darüber Rechenschaft ablegen. Seiner Ansicht nach sollte den Aufgaben der Seenotrettung Priorität eingeräumt werden. (*Applaus.*)

Als Antwort auf diese verschiedenen Ausführungen erklärt **Herr Claude d'Harcourt, Generaldirektor für Ausländer in Frankreich im Innenministerium der Französischen Republik**, dass diese Debatte sowohl für die Regierung als auch für die Akteure des öffentlichen Dienstes wichtig sei. Er begrüßt es, dass in den heutigen Debatten klare, manchmal unterschiedliche Positionen zum Ausdruck gebracht worden seien, da dies zeige, wie viel Arbeit noch vor uns liege.

Es scheint ihm, dass es Realitäten gebe, die für den Raum der Europäischen Union gelten: der Bedarf an Arbeitskräften, der Reichtum der europäischen Böden, die Errungenschaften der durch den Schengen-Raum ermöglichten Freizügigkeit, die bewahrt werden müssen, und schließlich die Tatsache, dass nur 30 % der Asylsuchenden Asyl erhalten. Seiner Ansicht nach fordern die Europäer, dass diese Realitäten berücksichtigt werden.

Ein weiteres Prinzip sei während der Debatten in Erinnerung gerufen worden: das Gebot der Einhaltung internationaler Texte und der europäischen Rechtsprechung, das er sich zu eigen mache, obwohl ein kürzlich ergangenes Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union Frankreich vor eine Herausforderung stelle.

Schließlich argumentiert er, dass in Bezug auf Frontex Entscheidungen getroffen werden müssen. Frankreich habe getan, was es tun musste, aber es sei nie zufriedenstellend, wenn ein Exekutivdirektor zurücktreten müsse.

Herr Claude d'Harcourt erinnert an die Prinzipien, die im Mittelpunkt der europäischen Botschaft stünden, und betont die notwendige Solidarität mit den Mitgliedstaaten, die den Migrationsströmen am stärksten ausgesetzt seien, insbesondere Zypern. In Bezug auf den Paktentwurf befürwortet er einen schrittweisen Ansatz, wobei eine Einigung über die Texte zu Eurodac und zur Filterung von Ausländern an den Außengrenzen Europas, auch „*Screening*“ genannt, erforderlich sei. Er schlägt außerdem vor, eine bezifferte Erklärung zur Solidarität als Zeichen des notwendigen Vertrauens innerhalb Europas zu feierlich zu gestalten. Seiner Meinung nach zeigt die am 3. März 2022 einstimmig angenommene Position zum vorübergehenden Schutz, dass Europa schnell und effizient handeln könne.

Frau Monique Pariat, Generaldirektorin Migration und Inneres (GD HOME) der Europäischen Kommission, begrüßt die in dieser Debatte gemachten Aussagen. In Bezug auf Frontex wünscht sie sich, dass Grenzschutz und Grundrechte nicht gegeneinander ausgespielt würden. Frontex erscheine ihr notwendig. Wenn es Missstände gegeben habe, seien sie identifiziert und behoben worden. Frontex habe als sehr kleine Agentur begonnen und sich sehr schnell vergrößert. Dies habe zu einigen „Fehlschlägen“ geführt, die korrigiert worden seien. Frau Monique Pariat berichtet, dass der OLAF-Bericht nicht veröffentlicht worden sei, weil er viele persönliche Informationen über einige Mitglieder der Agentur enthalte, deren Verhalten in Frage gestellt worden sei. Die Kommission, so erinnert sie, habe ihr ganzes politisches Gewicht in die Bildung dieser Agentur gesteckt und sei nach wie vor der Ansicht, dass der Schutz der Grenzen mit der Achtung der Grundrechte und der Verpflichtungen aus dem Völkerrecht vereinbar sein müsse.

Bezüglich der physischen Barrieren stellt sie klar, dass die Europäische Kommission zwar nicht grundsätzlich gegen deren Bau sei, aber nicht wolle, dass das Geld

der europäischen Steuerzahler dafür ausgegeben werde. Sie ziehe es vor, in modernere Mittel zu investieren, die es ermöglichen, die ankommenden Personen besser zu identifizieren und sie gegebenenfalls zu schützen. Darüber hinaus merkt die Rednerin an, dass man nicht überall eine physische Grenze errichten könne. Es sei also keine völlig zufriedenstellende Antwort. Das Beispiel Zyperns zeige im Übrigen, dass die Ströme auf diese Weise nicht gestoppt werden können. Frau Monique Pariat bleibt dabei, dass die Europäische Kommission nicht gegründet worden sei, um Mauern zu errichten, sondern um sie einzureißen. (*Applaus.*)

Zum Abschluss der Debatte stellt **Frau Yaël Braun-Pivet, Vorsitzende des Gesetzausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik**, fest, dass die heutigen Gespräche die Komplexität der Migrationsproblematik aufgezeigt hätten. Sie ist überzeugt, dass nur eine entschlossene und gemeinsame europäische Antwort Lösungen für diese enorme Herausforderung finden könne. Die Diskussionen scheinen ihr auch die Berechtigung der Existenz eines parlamentarischen Teils der französischen EU-Ratspräsidentschaft deutlich gemacht zu haben. Sie ist der Ansicht, dass solche Austauschforen selten und wertvoll seien.

Sie hält es für entscheidend, dass der Rat der Europäischen Union gemeinsam mit dem Europäischen Parlament an der Entwicklung einer neuen Rechtsgrundlage im Bereich der Migration arbeite, und dass auch die nationalen Parlamente in dieser Frage eine Rolle spielen. Frau Yaël Braun-Pivet erinnert daran, dass sich der Gesetzausschuss der Nationalversammlung der Französischen Republik oftmals mit dieser Thematik befasst habe. Sie begrüßt, dass diese Debatten stets sehr reich seien, und dass der europäische Rahmen sehr oft angesprochen werde; sie könnten die europäische Migrationspolitik auf nützliche Weise bereichern. Darüber hinaus stellt sie fest, dass die Arbeit der nationalen Parlamente auch ein bevorzugtes Instrument für den Austausch mit der Zivilgesellschaft darstelle. In ihren Augen

könne Europa aber nur dann sicher vorankommen, wenn es all diese Stimmen berücksichtige. Sie freut sich daher über solche Momente des Austauschs und lädt sowohl die Nationalversammlung als auch den Senat der Französischen Republik ein, sich anlässlich ihrer verschiedenen Aufgaben im Zusammenhang mit der gemeinsamen europäischen Migrationspolitik zu äußern.

Im Anschluss daran erinnert die Rednerin daran, dass es für Europa und seine Mitgliedsländer dringend sei, sich der Migrationsherausforderung zu stellen und die europäischen Texte weiterzuentwickeln. Sie ist davon überzeugt, dass Europa seine Zukunft zum Teil in diesem Punkt riskiere. Ihrer Meinung nach sind die Migrationswellen, die im Laufe des Tages angesprochen worden seien, keine isolierten Ereignisse: Die Welt erscheine zunehmend instabil; die globale Erwärmung werde mittelfristig eine Vervielfachung der Migrationswellen zur Folge haben. Dann werde es in der Verantwortung der Europäischen Union liegen, eine kohärente Politik zu entwickeln, die sich mit der Migration im Zusammenhang mit dem Klimawandel befasse.

Frau Yaël Braun-Pivet wünscht, dass Europa über die Mittel verfüge, um die Ausländer, die es in sein Hoheitsgebiet aufnimmt, würdig zu empfangen und zu integrieren sowie das Schleusen von Migranten wirksam zu bekämpfen. Sie ruft dazu auf, den europäischen Prinzipien und dem europäischen Humanismus gerecht zu werden, und bekräftigt, dass sie an die Macht der kleinen Schritte und an konkrete Fortschritte glaube. (*Applaus.*)

Abschließend weist **Herr François-Noël Buffet, Vorsitzender des Gesetzausschusses des Senats der Französischen Republik**, auf die unterschiedlichen Ansätze in den Positionen hin, die von den Rednern zu diesen Themen, bei denen viele Interessen auf dem Spiel stehen, geäußert worden seien: Auch wenn sie auf den ersten Blick

manchmal widersprüchlich seien, würden sie sich letztlich ergänzen. Er betont jedoch, dass die Debatten echte Übereinstimmungen aufgezeigt hätten und vor allem, dass sie gezeigt hätten, dass die Vertreter der nationalen Parlamente ihren Platz in den laufenden Überlegungen und Verhandlungen über den Entwurf des Migrations- und Asylpakets hätten. Darüber hinaus betont er die Notwendigkeit für die nationalen Parlamentarier, ihre Positionen gegenüber ihren jeweiligen Regierungen, aber auch gegenüber ihren Kollegen im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission zu vertreten.

Er ermahnt alle, nicht aus den Augen zu verlieren, dass hinter dem, was heute – vielleicht auf zu schamhafte Weise – als „Migrationsherausforderungen“ bezeichnet werde, Männer, Frauen, aber auch Kinder stehen, die oft vor dem Elend oder der Gewalt in ihren Ländern fliehen. Ein Großteil dieser Personen und Familien gerate in die Hände von Schleusernetzen, die mit diesem Elend handeln, oder sogar von Staaten, die darin eine willkommene Waffe in ihren angespannten Beziehungen zu den Staaten der Europäischen Union sehen.

Ohne Naivität, mit Entschlossenheit, aber auf Grundlage der Lehren aus der europäischen Geschichte und der Achtung gemeinsamer Werte müssen daher alle Staaten Fortschritte bei der Festlegung eines gemeinsamen Rahmens auf europäischer Ebene machen. Dieser Rahmen müsse zugleich gerechter und fairer sein, aber auch einen wirksameren Schutz der europäischen Grenzen ermöglichen, ohne dabei die Achtung gemeinsamer Grundsätze zu opfern.

Schon zu lange sei festzustellen, dass die derzeitigen europäischen Texte nicht mehr der ständigen angespannten Lage auf dem Kontinent gerecht würden, die sich auch in Zukunft nicht entspannen werde. Es sei an der Zeit, dass sich die Europäische Union auf der Grundlage der Vorschläge der Europäischen Kommission zum Entwurf des Europäischen

Pakts mit den geeigneten Rechtsmitteln ausstatte. Zu diesem Zweck erinnert er die tschechischen Vertreter an ihre wichtige Rolle, da ihr Land ab dem kommenden 1. Juli für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union übernehmen werde. Er schließt die Sitzung und richtet den Dank des Senatspräsidenten der Französischen Republik, Herrn Gérard Larcher, an alle für ihre Teilnahme an den heutigen Debatten. (*Applaus.*)

Die Sitzung wird um 16:15 Uhr beendet.